Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 166 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Dienstag, den 19. Juli 1921 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Antwort an Frankreich.

Deutsche beschuldigen die Polen der Vorbereitung des vierten oberschlesischen Aufstandes.

Berlin, 18. Juli. (WTB.) In der vorläufigen Antwort, die der Außenminister Dr. Rosen auf die Eröffnungen der französischen Regierung über die Lage in Oberschlesien und die daraus abgeleiteten französischen Forderungen gab, wurde auch Bezug genommen auf eine Unterredung des Ministers mit dem französischen Botschafter vom 7. Juli. Zu dieser hatte Dr. Rosen einen Großindustriellen aus dem östlichen Teile Oberschlesiens zugezogen, der dem französischen Botschafter als Augenzeuge einige sachliche Angaben über die wahre Lage im Lande machte. Wir geben aus diesen Mitteilungen, die der französischen Regierung sofort zugänglich gemacht wurden, die wesentlichsten Punkte wieder, die zeigen, daß die Darstellung der oberschlesischen Verhältnisse in der Demarche der französischen Regieung auf diese zweifelfreien deutschen Angaben keinerlei Rücksicht genommen hat. Wie dieser oberschlesische Industrielle über diese Unterredung mitteilt, gab er auf die Frage des amerikanischen Botschafters, wie die Zustände in Oberschlesien seien, folgenden Bericht:

1. Aeußerlich sieht es besser aus, als vor dem Abkommen mit Korfanty wegen der Räumung, weil die großen Straßen von polnischen Insurgenten frei seien und man ungehindert auf ihnen verkehren könne. „So bin ich vorgestern früh im Auto von Kattowitz über Nikolai nach Gleiwitz gefahren, um dort den Schnellzug nach Berlin zu erreichen. Die Eisenbahn zwischen Kattowitz und Gleiwitz war nicht benutzbar, weil die Züge von polnischen Insurgenten angehalten und geplündert wurden. Die polnischen Insurgenten sind nach wie vor teils in der Nähe der geräumten Orte, zum Teil dicht bei Kattowitz, teils auch in den Orten verbleiben oder in die Orte zurückgekehrt, die sie nach dem Abkommen geräumt haben sollten. So sind die polnischen Insurgenten, die aus dem nördlichen Stadtteile von Königshütte abgezogen waren, nach wenigen Stunden. in diesen Stadtteil wieder zurückgekehrt. Noch am Montag haben sie sich in Laurahütte durch Verschleppung von Beamten unliebsam bemerkbar gemacht. Die Behörden der polnischen Insurgenten sind nach wie vor in Funktion geblieben. Sie erheben Steuern, sie heben junge Leute zum Militärdienst aus und sie verweigern den ordentlichen deutschen Behörden, zum Beispiel dem Landrat, den Gehorsam.

2. Ein Teil der polnischen Insurgenten ist nach Polen abtransportiert worden, um dort militärisch ausgebildet zu werden und nach ihrer Heimat Oberschlesien alsdann zurückzukehren. Sie sollen als Stammformationen für den geplanten vierten Aufstand dienen. Ein anderer Teil der oberschlesisch-polnischen Insurgenten ist in Oberschlesien geblieben und hat seine Waffen nicht abgeliefert, sondern an Sammelstellen abgegeben, von wo aus sie versteckt werden. Dafür sind stellenweise mit Zink ausgeschlagene und beschlagene Kisten angefertigt worden, damit die darin untergebrachten Waffen durch die Feuchtigkeit nicht leiden. Meines Wissens sind die Haller-Soldaten, soweit sie nicht aus Oberschlesien stammen, nach Polen zurücktransportiert worden. Sie sind auf der Strecke zwischen Sosnowice und Czenstochau verteilt und in der Lage, von Sosnowiece aus in einer halben Stunde, von anderer Stelle aus in wenig Stunden nach Oberschlesien zu kommen. Man hat gesehen, daß polnische Artillerie nach Polen zurücktransportiert worden ist, darunter auch schwere Geschütze von 12,5 Zentimeter-Kaliber. Vor ungefähr 10 oder 14 Tagen haben zwei Eisenbahnzüge von je etwa 60 Achsen, vollkommen besetzt mit Haller-Soldaten, den Bahnhof Kattowitz passiert und, wie festgestellt wurde, in der Richtung nach Gleiwitz weitergegangen. Da die ganze Organisation der polnischen Insurgenten noch funktioniert, so ist die Organisation für einen vierten Aufstand bereit und dieser kann jeden Augenblick losbrechen. Soweit mir bekannt, weilt unter dem Schutz des Amnestieerlasses Herr Korfanty noch in Schoppinitz, also im Abstimmungsgebiet. In Oberschlesien zweifelt niemand, daß der vierte Aufstand mit aller Energie und unter Mitwirkung polnischer, sowie unter Duldung der französischen Behörden vorbereitet, in naher Zeit ausbrechen kann. In diesem Falle ist die deutsche Bevölkerung der Schreckensherrschaft der polnischen Insurgenten schutzlos preisgegeben, da ja bis dahin der deutsche Selbstschutz nicht mehr bestehen soll.

Französische Truppenverstärkungen?

Eine Korrespondenz meldet:

Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat aus Paris den Befehl erhalten, eine seiner Infanteriedivisionen mit Kavallerie zum Abtransport nach Oberschlesien bereitzuhalten und dieserhalb mit den deutschen Eisenbahnenbehörden in Verbindung zu treten. Als Ersatz für diese nach Oberschlesien abzugebende Division ist dem Oberkommando eine farbige Division zur Verfügung gestellt worden. Die französischen Truppenverstärkungen sind auf Anforderungen des Generals Le Rond zurückzuführen, der sie angesichts der englischen Truppenverstärkungen und des selbstbewußten Auftretens der Engländer und des Generals Hennecker zur Stärkung des französischen Ansehens für erforderlich hielt. Man vertritt französischerseits den Standpunkt, daß je größer das von einer Macht gestellte Truppenkontingent sei, um so größer auch der diesem zugewiesene Besatzungsabschnitt sein müsse. Man hofft auf die Weise die Italiener auf einen ganz kleinen Raum links der Oder zu beschränken, die Engländer aber wieder aus den von ihnen besetzten Teilen des oberschlesischen Industriegebietes herauszudrängen und sie in die Kreise Kreuzberg, Rosenberg und Lublinitz verschieben zu können.

Neue französische Drohungen.

Paris, 18. Juli (WTB.) Pertinax schreibt im „Echo de Paris": Die französische Regierung müsse bis zur letzten Konsequenz die diplomatische Verhandlung verfolgen, die man in Berlin eingeleitet habe. Man müsse nicht nur die Militärmacht in Oberschlesien verstärken, sondern sich vor allem vor den Toren des Ruhrgebietes bewaffnen, man werde jedenfalls einen großen Lärm vernehmen. Das Ministerium werde dann drohen, daß es von Nationalisten ersetzt werde, Feinde und Alliierte würden Frankreich ersuchen, die Verhandlungen Loucheur-Rathenau-Bergmann nicht zu unterbrechen. Aber, so sagt Pertinax, lassen wir uns nicht von dem Weg abbringen, auf den wir nach längerem Umherirren gelangt sind. Möge Ministerpräsident Briand die Probe bestehen; wir können nicht glauben, daß er bei dem Verlangen, die interalliierten Verhandlungen bis zum September zu vertagen, nur einfach für die Politik der geringeren Anstrengung hat eintreten wollen.

Auch das „Journal" erklärt, daß es für die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien wie für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens notwendig sei, daß der Vertreter Großbritanniens in Berlin sich dem Schritt Laurents anschließe. Wenn Lloyd George sich nicht entschließen könne, durch eine gemeinsame Aktion Englands und Frankreichs den Respekt vor den Friedensverträgen zu sichern

die schwersten Ereignisse zu befürchten.

Jouhaux für Autonomie Oberschlesiens.

Im „Progrès Civique" liest man einen interessanten Bericht des Generalsekretärs der CGT. Jouhaux über die Ergebnisse der Kommission, die vom International. Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien geschickt wurde. Die Delegation bestand aus Jouhaux-Frankreich, Timmen als Delegierten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Kohl-Deutschland und Zulawski-Polen. Jouhaux stellt fest, daß das industrielle Revier Oberschlesiens als einheitliches Ganzes anzusehen ist. Er gibt dafür mehrere Beweise, die zwar alle dem entstammen, daß der Umstand, daß das Gebiet kapitalistisch ausgebeutet werde, es unmöglich mache, das Gebiet zu teilen, ohne seiner Produktivität zu schaden. Die Frage der Teilung aus rein nationalen Gründen ist unlösbar. Die nationalen Thesen sind ja auf beiden Seiten anfechtbar, weil sie Wahres mit Falschem vermischen. Das beste wäre, schließt Jouhaux, der anscheinend die Meinung der ganzen Delegation vertritt, an Oberschlesien die Autonomie zu gewähren unter Kontrolle des Völkerbundes und diesem Gebiet die offene Tür auf beiden Seiten zu garantieren.

Verurteilte U-Bootgreuel.

Die früheren Seeoffiziere Dithmann und Boldt sind am Sonnabend vom Reichsgericht in Leipzig wegen Beihilfe zum Totschlag zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt. Die Tat, die hier der Beurteilung durch das Reichsgericht unterlag, gehörte sicher zu den ungeheuerlichsten und scheußlichsten des ganzen Weltkriegs. Im Landkrieg war schon längst eine fast allgemeine Verrohung eingerissen, als im Seekrieg immer noch gewisse Regeln der Ritterlichkeit galten. Dazu gehörte als erste vor allem die, daß man einen Feind nur solange als Feind behandelt, als er noch imstande ist, sich zu wehren. Ein sinkendes Schiff war demzufolge auch kein Feind mehr, zur Auffischung seiner Mannschaft wurden, so weit es die Gefechtslage irgend gestattete, Rettungsboote ausgesandt, den Gerettete wurde eine gastliche und kameradschaftliche Aufnahme bereitet. Eine solche Behandlung haben sich auch in diesem Krieg Engländer und Deutsche gelegentlich noch gewährt.

Die Torpedierung eines Hospitalschiffs, dessen Bemannung aus Kranken, Verwundeten, Pflegern und Pflegerinnen bestand, die Beschießung der Rettungsboote, die sie selbst herabgelassen hatten, durch das feindliche Unterseeboot stellt eine derartige Entartung und Verrohung des Seekriegs dar, wie man sie sich gerade in seemännischen Kreisen zuvor kaum hätte vorstellen können. Vor Beginn des Weltkriegs, ja auch nach seinem Beginn, vor der Eröffnung des unbeschränkten U.-Bootkriegs hätte kein deutscher Seemann eine derartige Handlungsweise für etwas anderes gehalten als für gemeinen Mord. Wenn heute viele anders denken, so bedeutet diese Aenderung der Denkweise eine Senkung des allgemeinen sittlichen Empfindens.

Man hat den unbeschränkten U-Bootkrieg als eine Art Volkskrieg gegen die englische Hungerblockade auszugeben versucht. Das war er nicht. Er wurde im Dunkel einer Kronratssitzung beschlossen trotz der Warnungen Bethmanns und des heute deutschnationalen Helfferich, er wurde auch nicht wegen der Hungerblockade beschlossen, sondern weil den Heerführern des Landkriegs das Wasser schon am Halse stand und weil sie erklärten, ohne die Hilfe der U-Boote könnten sie den Krieg nicht mehr gewinnen. Diese gehobenen Feldwebel begriffen nicht, was ihnen Sozialdemokraten wie David im voraus gesagt hatten, daß der U-Bootkrieg das Eingreifen Amerikas und damit erst recht die Niederlage Deutschlands im Landkrieg zur Folge haben würde. Und so kam es auch wirklich. Der glorreiche U-Bootkrieg erwies sich wirksamer gegen Passagierdampfer mit Frauen und Kindern, gegen Sanitätsschiffe mit Kranken und Verwundeten als gegen die amerikanischen Transportdampfer, die beinahe ungestört eine Millionenarmee kräftiger, glänzend genährter und ausgerüsteter Soldaten nach dem westlichen Kriegsschauplatz herüber brachten.

Erst nachdem der U-Bootkrieg beschlossen war, hatte sich das deutsche Volk für ihn zu begeistern, und da jede Gegenwirkung von der Zensur unterdrückt wurde, blieb die Stimmungsmache der U-Boothelden am Tintenfaß. die viel ärger waren als jene am Torpedorohr, nicht ohne Wirkung.

Verantwortlich für die Greuel dieser Art von Kriegsführung sind letzten Endes diejenigen, die uns in sie hinein getrieben haben, um erst recht den Krieg zu verlieren. Eine Handlungsweise, die bis dahin auch im Kriege allgemein als gemeiner Mord gegolten hatte, erschien jetzt im verklärten Licht einer patriotischen Heldentat und wurde als solche von einem großen Teil der Presse stürmisch gefeiert, während der andere zum Schweigen verurteilt war. So wurden die beiden Seeoffiziere Dithmann und Boldt bis zu einem gewissen Grade wirklich Opfer eines Systems. Die Hauptschuldigen haben durch den Verlust ihrer Machtpositionen eine allzu gelinde Strafe erlitten, der nächste unmittelbar Schuldige, der U-Bootkommandant Patzig, hatte sich durch Flucht der Verantwortung entzogen, die Anklage blieb auf denen sitzen, die nach seinen Befehlen gehandelt hatten. Das Reichsgericht hat angenommen, daß die beiden Offiziere durch ihre soldatische Gehorsamspflicht der Verantwortung für die völkerrechtswidrige Torpedierung des Hospitalschiffs entbunden sind, daß sie aber die Verantwortung für die folgende Beschießung der Rettungsboote zu tragen haben. Gegen sie hätten die beiden Offiziere nach der Meinung der Richter unbedingt Widerspruch erheben und dem Kapitän mit der Anzeige bei den vorgesetzten Behörden drohen müssen. Damit wären sie aber schön herein gefallen. Wahrscheinlich hätte sich dann schon früher ein anderes Gericht gefunden, das sie wegen Gehorsamsverweigerung oder Meuterei verurteilt hätte.

Es läßt sich schon jetzt voraussagen, daß dieses Urteil von England mit geteilter Stimmung aufgenommen werden wird. Der ruhigere Teil der öffentlichen Meinung wird sich sagen, daß die individuelle Schuld der beiden Verurteilten geringer ist als die allgemeine Schuld, die in der völkerrechtswidrigen Verrohung des Krieges liegt. Der aufgeregtere wird die Strafen zu gering finden und verlangen, daß sich die englische Regierung dem Verhalten der französischen und belgischen anschließt. Was immer nur weiter folgen mag, so bleiben diese Kriegsverbrecherprozesse doch ein Verhängnis. Sie erregen immer aufs neue die Leidenschaft und führen die furchtbarsten Bilder des Weltkriegs in die Erinnerung der Völker zurück, wo nur ein wohltuendes Vergessen den wirklichen Frieden bereiten könnte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210719-10/fragment/page=0001

Der kleine Unterschied.

Die Wiener Arbeitsgemeinschaft (Internationale 2½), die vor kurzem in Frankfurt a. M. tagte, will nicht zu der gemeinsamen Konferenz kommen, zu der sie die Zweite Internationale eingeladen hat — oder sie will eigentlich doch kommen, aber nur zu einer „unverbindlichen Zusammenkunft, zu rein informatorischen Zwecken". Der Grund, daß sie so will und nicht will, liegt nach der Mitteilung, die sie an die einladende englische Arbeiterpartei ergehen ließ, in der Verschiedenheit der Auffassungen beider Lager, des zweiten und des zweieinhalbten, von den Begriffen der Diktatur und der Demokratie. Während nämlich die Zweite Internationale sich für die „Aufrechterhaltung ihrer demokratischen Grundsätze im Gegensatz zur Diktatur" erklärt hat, sagt das Antwortschreiben der Wiener Arbeitsgemeinschaft auseinander, daß es falsch sei, die demokratischen Grundsätze dem Prinzip der Diktatur entgegenzustellen.

Möglich, daß die Zweite Internationale ein wenig hinter der Zeit zurückgeblieben ist, aber dann kann es sich freilich nur um ein paar Monate handeln. Vor ein paar Monaten noch schienen die Begriffe der Demokratie und der Diktatur in ihrer Gegensätzlichkeit vollkommen festzustehen. Demokratie, das war und bleibt das System, das der jeweiligen Mehrheit des Volkes oder der Volksvertretung gestattet, jederzeit durch ihre bloße Willenserklärung ohne Anwendung von Gewalt die Regierung des Landes zu ändern. Als Diktatur galt im Gegensatz dazu ein System, unter dem sich eine Minderheit durch Gewalt an der Herrschaft hält und von dem Willen der Volksmehrheit unabhängig bleibt. Die Koalitionsregierungen im Reich, die sozialistischen Regierung in Sachsen und Braunschweig sind Beispiele der Demokratie, Sowjetrußland, Räteungarn, die Münchener Republik, Kapp gelten als Beispiele von Diktatur.

Soweit und solange schien also alles klar, und klar war auch die Erklärung der Zweiten Internationale, daß sie die demokratischen Grundsätze gegen die Diktatur aufrecht erhalten wolle. Geändert hat sich aber inzwischen die Stellung der deutschen Unabhängigen und der anderen Parteien von der Wiener Arbeitsgemeinschaft zur Diktatur. Früher bekannten sich diese Parteien zur Diktatur im Gegensatz zur Demokratie. Heute stehen sie, wenn das kühne Bild erlaubt ist, mit eindreiviertel Beinen auf dem Boden der Demokratie und nur noch mit einem Viertel auf dem der Diktatur. Das ist eine sehr schwierige Stellung, sie ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten und auch vorübergehend nur möglich, wenn man den Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur durch ein dialektisches Kunststück verwischt.

Indeß kann es den Parteien der Wiener Arbeitsgemeinschaft zum Trost dienen, daß dieser Verwischungsprozeß bis weit über ihre eigenen Reihen nach links hinaus gedrungen ist. Auch der westeuropäische Kommunismus macht in dieser Frage einen Mauserungsprozeß durch. Ein Beispiel dafür, eines von vielen, liefert das soeben erschienene Protokoll des Hochverratsprozesses gegen Brandler, den Vorsitzenden der KPD.-Zentrale, der am 6. Juni dieses Jahres in Berlin zu fünf Jahren Festung verurteilt und bald darauf vom Kongreß der Dritten Internationale in Moskau zu seinem Ehrenvorsitzenden proklamiert wurde. Brandler führte nämlich in seinen Verteidigungsreden aus, nur ein Idiot könne daran denken, daß die Kommunistische Partei in Deutschland in naher Zeit die Macht ergreifen könne, das könne sie erst, wenn die überwältigende Mehrheit des deutschen Proletariats hinter ihr stände. Zum Proletariat rechnet Brandler aber 90% der deutschen Bevölkerung, so daß eine überwältigende Mehrheit des Proletariats zugleich auch schon eine beträchtliche Mehrheit des gesamten Volkes darstellt. Es war daher nur konsequent, wenn Brandler erklärte: „Diktatur des Proletariats ist möglich, sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung!" Da hätten wir also auch wieder die neue Gleichung wie im Antwortschreiben der Wiener: Diktatur ist Demokratie, und Demokratie ist Diktatur.

Soweit läßt sich die Sache also zur Not verstehen. Aber unverständlich ist es, warum die Wiener Arbeitsgemeinschaft unter solchen Umständen das Bekenntnis der Zweiten Internationale zur Demokratie als eine Hindernisgrund betrachtet für die Wiederherstellung einer einheitlichen proletarischen Internationale. Die einheitliche proletarische Internationale ist doch wahrhaftig mehr als ein bloßes Linsengericht, sie ist das Sehnsuchtsziel von Millionen Proletariern auf der ganzen Erde, ihre Wiederaufrichtung bedeutet eine erhebliche Vermehrung der Macht der Arbeiter in allen Ländern. Ein solches Ziel, darf es wirklich preisgegeben werden um einer dialektischen Liebhaberei, um eines leeren Wortspiel willen?

Bekannt ist die Anekdote von der englischen Frauenversammlung, in der eine Frau für die Gleichberechtigung beider Geschlechter mit dem Argument eintrat, es bestehe zwischen beiden doch nur ein kleiner Unterschied, und ein rüder Wüstbold dazwischenrief: „Es lebe der kleine Unterschied!" Als Spaß ist so etwas ganz nett. Aber einen wirklich nur kleinen Unterschied in der Ausdrucksweise und in der Aufrichtigkeit gegen sich selber zum Anlaß einer dauernden Spaltung machen, das wäre ein sehr grausamer Spaß mit den Interessen der Arbeiterklasse.

Die informatorischen Besprechungen zu denen sich die Wiener Arbeitsgemeinschaft bereit erklärt hat, werden gründlich dazu ausgenützt werden müssen, über die angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Zweiten und der Zweieinhalbten Internationale volle Aufklärung zu schaffen. Wir glauben aber auch heute schon berechtigt, den Zweieinhalbten zuzurufen: Leute, Ihr müßt doch bloß den Mut aufbringen, auch auszusprechen, was ihr denkt — dann sind wir einig!

Die Frau in der Justiz.

Als vor kurzem in der preußischen Landesversammlung der Justizetat auf der Tagesordnung stand und unsere Genossen mit dem System der preußischen und deutschen Klassengerichtsbarkeit unter dem verlegenen Widerspruch der bürgerlichen Parteien scharfe Abrechnung hielten, wurde neben den Fragen des Laienrichtertums und der Wahl von berufstätigen Männern zu Richtern auch die Frage der Zulassung der Frau zum Justizdienst gestreift. Mit wenigen Ausnahmen bei den Demokraten und dem Zentrum vertraten sämtliche bürgerlichen Parteien den Standpunkt, daß die Frau in der Rechtsprechung nichts zu suchen habe, und die verschiedenartigen Begründungen brachten alle nur den Wunsch zum Ausdruck, die Männerjustiz konkurrenzlos zu lassen.

Der Beschluß des Reichsrats vom Donnerstag, der mit 31 gegen 31 Stimmen die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienst ablehnte, wandelt gleiche Pfade. Es ist nicht ohne Interesse zu untersuchen, weshalb die bürgerlichen Parteien — in dieser Hinsicht eine einzige reaktionäre Masse — mit dieser Entschiedenheit gegen die Frauen in der Justiz auftreten. Eines der meistumkämpften Bollwerke seit der Revolution ist das Gerichtswesen, ist unsere Justiz. Treten schon in der wilhelminischen Aera die Klassenmerkmale der Rechtsprechung täglich mit erschreckender Deutlichkeit zutage, so haben sich seit der Revolution die Fälle gehäuft, die in geradezu schreiender Weise den Klassencharakter der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bekunden. Man braucht nur an Namen wie Marloh, Hiller, Arco, Vogel, Junge usw. auf der einen Seite, an Hirschfeld (den Attentäter auf Erzberger), die Mörder Gareis', die Behandlung der Ermordung Liebknechts, Jagow, Kapp, Ludendorff usw. zu erinnern, um weiterer tausender Beispiele zu gedenken und die Schmach unserer Justizschande in ihrer ganzen Nacktheit zu erkennen. Fürchten unsere Richter, durch das Eindringen der Frau in das Justizwesen sich nicht mehr so uneingeschränkt als Richter — und Verurteiler — der demokratischen Republik aufspielen zu können? Glauben sie, daß die Mitwirkung der Frau bei der Rechtsprechung der Klassenjustiz die schärfsten Spitzen abbiegen und wenigstens die schreiendsten Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen würde? Fürchten sie in der Frau das Vorhandensein eines Gerechtigkeitsempfindens, das ihnen längst abhanden gekommen ist? —

Die Sozialdemokratie braucht nicht zu betonen, daß derartige Hoffnungen und Erwägungen, die sich übrigens in Wirklichkeit als recht illusorisch erweisen dürften, für sie bei ihrer Forderung nach Zulassung der Frauen zur Gerichtsbarkeit nicht entscheidend sind. Die Sozialdemokratie setzte sich von jeher für das aktive und passive Wahlrecht der Frau ein, obwohl sie wußte, daß die Wahlbeteiligung der Frau das Ergebnis zugunsten der bürgerlichen, der reaktionären Parteien verschieben würde. Dennoch machte sie den Frauen das Geschenk des gleichen Wahlrechts, das diese ihr vielfach durch eine wilde Sozialistenhetze, durch ein Konkurrieren mit dem Mann auf diesem Gebiete gedankt hat. Es sind also keinerlei Spekulationen auf eine Besserung unserer Rechtspflege, die für die Sozialdemokratie in ihrer Forderung nach der Teilnahme der Frau an der Rechtsprechung bestimmend sind. Es sind lediglich dieselben Prinzipien der Gerechtigkeit und der Erkenntnis von der Gleichberechtigung beider Geschlechter, die sie eine Forderung erheben lassen, die denen fremd ist, welche das Wort „Gerechtigkeit" nur im Munde führen.

Wenn es überhaupt eine praktische Erwägung gibt, die für unser Verlangen nach einer Gleichstellung der Frau maßgebend ist, so ist es die, daß die Frau auf Grund ihrer tieferen psychologischeren Einsicht, sowie ihres feiner ausgeprägten weiblichen Empfindens im Jugendgerichtsverfahren eine Tätigkeit entwickeln könnte, wie sie vom Manne niemals oder nur selten ausgeübt werden kann. In beschränktem Umfange sind die Frauen schon im gegenwärtigen Rechtsverfahren bei den Jugendgerichten zugelassen. Ein entscheidendes Wort haben sie jedoch nicht mitzusprechen; die Stimme des Urteils ist ihnen versagt. Wieweit bei der Abneigung der Mehrzahl der Richter gegen die Mitwirkung des weiblichen Geschlechts Ratschläge Beachtung finden, die von Frauen ausgehen, kann man sich hiernach vorstellen. Um so mehr dürfen die sozialistischen Vertreter in den Parlamenten nicht ablassen, die Reaktion auch auf diesem Gebiete zu bekämpfen.

Hausbrandkohle und Kohlenverteuerung.

Daß wir in der nächsten Zeit mit einem nicht unbeträchtlichen Anziehen der Kohlenpreise rechnen müssen, steht fest. Zwar soll die zu Steuerzwecken notwendige Angleichung an den Weltmarktpreis allmählich erfolgen, aber man wird doch gut tun, sich darauf vorzubereiten, daß die Kohlenpreise bald um ein Viertel des bisherigen Preises steigen werden. Es liegt nahe, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob man von dieser Steigerung die für Hausbrandzwecke zu verwendenden Mengen nicht ausnehmen kann. Große Teile des deutschen Volkes werden in der Tat, wenn die Kohlen immer teurer werden, nicht in der Lage sein, sich die für den Winter notwendigen Kohlenmengen zu beschaffen, da sie einfach nicht mehr über die Mittel dazu verfügen. Wenn eine Verbilligung der Hausbrandkohle sachlich möglich wäre, so würde der durch die Kohlenverteuerung beabsichtigte Steuerzweck keineswegs darunter leiden, da der Bedarf der Haushaltungen, im Vergleich mit dem industriellen Bedarf, eine sehr geringe Rolle spielt. Es ist denn auch bereits bei dem Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats ein in der Hauptsache von den sogenannten Verbrauchergruppen unterzeichneter Antrag eingegangen, der dem Reichswirtschaftsrat vorschlägt, zu beschließen, „die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Neuregelung der steuerlichen Belastung auf Kohlen den für die Haushaltungen erforderlichen Hausbrand schonend zu behandeln." Man wird wünschen dürfen, daß es dem Reparations-Ausschuß des Reichswirtschaftsrats gelingt, Mittel und Wege für die Niedrighaltung der Preise der Hausbrandkohle zu finden. Leicht wird das nicht sein, da für Hausbrandzwecke genau dieselben Kohlenarten verbraucht werden, wie für industrielle Zwecke, so daß ein Ausscheiden der Hausbrandkohle aus der Besteuerung außerordentlich kompliziert ist und nur durch das nicht sehr beliebte Kartensystem oder durch Rückvergütungen zu erzielen wäre. Hierbei könnte aber sehr leicht dem auf allen Gebieten überhandnehmenden Schiebertum Tor und Tür geöffnet werden, so daß es sich empfiehlt, in dieser Frage, über die sich an den amtlichen Stellen schon ganze Aktenberge angesammelt haben, vorsichtig und gründlich vorzugehen.

Vertagte Sitzung des Reparations-Ausschusses.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats hatte für Dienstag, den 19. Juli eine Sitzung anberaumt, in der der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Professor Hirsch, über die Verhandlungen in Paris, denen er selber beigewohnt hatte, berichten wollte. Neben vertraulich zu haltenden Einzelheiten, sollten dabei auch die bisher der Oeffentlichkeit vorenthaltenen Tatsachen mitgeteilt werden. Aus bisher nicht bekanntgewordenen Gründen ist diese Sitzung indes um acht Tage verschoben worden; sie findet erst am Mittwoch, den 27. Juli statt.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(72. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Auch unter denen, die entlassen worden waren, muß die Propaganda weiter betrieben werden, damit sie, wo immer sie sich hinwenden, die Botschaft der Gewerkschaft verbreiten. In Barea hatte eine Sympathiekundgebung stattgefunden, die sich am Morgen, da die Arbeiter von den Vorfällen im Nord-Tal erfuhren, spontan geäußert hatte. Daraufhin hatte man eine Anzahl Bergleute entlassen und es dürften noch mehr hinzukommen. Hier gab es Arbeit für die Mitglieder des entführten Komitees, für Tim Rafferty zum Beispiel; bliebe er nicht gerne ein bis zwei Wochen in Pedro, um mit den Leuten zusammenzukommen, zu reden, unter sie Flugschriften zu verteilen?

Das Angebot war ein willkommenes; dem frischen Burschen erschien in diesem Augenblick das Leben recht trostlos. Er hatte sein Verdienst verloren, sein Vater war eine Ruine, die ganze Familie hilflos, der Not preisgegeben. Sie werden selbstverständlich ihr Heim verlassen müssen, kein Rafferty wird mehr im Nord-Tal verbleiben dürfen. Und Gott allein weiß, wo sie hingehen sollen; Timm wird ein Wandrer werden, der von den Seinen lebt, Hunger und Not leidet, seine armseligen Ersparnisse nach Hause schickt.

Hal beobachtete den Burschen, vermeinte in dessen Gedanken lesen zu können und beschloß, in diesem und einigen anderen, ebenso traurigen Fällen den Deus ex machina zu spielen. Er hatte das Recht, unter Scheeks des Vaters Namen zu unterschreiben, glaubte das Privileg auch dann beibehalten zu dürfen, wenn er bei den Beteiligten des Grubenunglücks die Rolle Harun al Raschides spielte. Wie aber stand es um die Grubenunglücke und mißlungenen Streiks, wenn kein Harun al Raschid zur Hand war? Und wie um die Leute im Nord-Tal, die zufällig Hal nichts von ihren Angelegenheiten erzählt hatten? Er erkannte, daß es für ihn eine einzige Möglichkeit gab, sich wieder selbst zu besitzen, indem er den Rücken wandte und floh. Wahrlich, diese so schön und wundervoll scheinende Zivilisation auch dem Boden eines Steinhaufen oder eines Schlachtfeldes; wo immer man den Spaten ansetzte, entdeckte man Entsetzen, Anblicke und Gestank stiegen auf, die den Magen umdrehten.

Da war zum Beispiel Rusick, er hatte eine Frau und zwei Kinder und besaß einen einzigen Dollar. In dem Jahre, da er treu und fleißig geschafft, um Peter Harrigans Kohle aus der Grube zu holen, war es ihm nicht gelungen, seine Rechnung in des alten Peters Warenhaus zu begleichen. Sein ganzes Hab und Gut fand in einem einzigen Bündel Platz und selbst dieses wird er nur wiedersehen, wenn es den Launen des Berghauptmanns und der Polizisten gut dünkt. Rusick wird sich mit einem von der Gewerkschaftbezahlten Eisenbahnbillett auf die Wanderung begeben. Vielleicht findet er Arbeit, vielleicht auch nicht, in allen Fällen hat er nichts besseres zu erhoffen, als neuerliche Arbeit für einen anderen Harrigan, neuerliche Schulden in einem anderen Warenhaus.

In der gleichen Lage befanden sich Hobianich, ein Serbe, Hernandez, ein Mexikaner, nur daß der eine vier und der andere sechs Kinder hatte. Billy Wauchope hatte bloß eine Frau, die Babys waren — „Gott sei Dank," — sagte er, gestorben. Jim Moylans Worte schienen ihm wenig Eindruck gemacht zu haben; er ist entlassen, wird sich auf den Weg machen, westwärts strebend, zurück in die alte Heimat. Das nannte sich ein freies Land! Bei Gott, wollte er zu Hause erzählen, was ihm widerfahren, kein englischer Bergmann würde ihm Glauben schenken!

Hal gab den Leuten seinen wahren Namen und seine Adresse an, sie mußten versprechen, von sich hören zu lassen. Er werde ihnen ein wenig helfen, sagte er, und überlegte, wie viel er wohl für sie tun sollte. Was muß ein Mann den Hungernden geben, damit er selbst wieder seine Mahlzeiten im Klub genießen kann? Welcher Kalkuli vermag dieses Problem auszuarbeiten — ihm zu sagen, in welchem Prozentsatz er dem ihm persönlich bekannten Elend, das er auf der Straße sieht, dem Elend, welches er erkennt, wenn er die Regierungsberichte über die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise liest? Wie weit ist es ihm gestattet, das Lesen jener Regierungsberichte an jenen Abenden zu vermeiden, an denen er mit seiner Braut zu einem Diner oder einem Ball geht? Derlei Probleme haben die Meister höherer Mathematik zu lösen unterlassen, auch die weisen Akademiker und die heiligen Männer der Kirche haben darüber keine Formel aufgestellt, und Hal, der sie durch eine einfache geistige Arithmetik zu lösen versuchte, fand sein Resultat äußerst unbefriedigend.

*

Hal wollte gern mit Mary Burke reden; sie hatten seit der Begegnung mit Jessie Arthur kein einziges vertrauliches Gespräch miteinander gehabt, und nun ging er auf eine lange Zeit fort. Er mußte etwas über Marys Zukunftspläne erfahren und — was noch wichtiger war — etwas über ihre Geistesverfassung. War es ihm gelungen, das Mädchen der Verzweiflung zu entreißen, so brauchte er seinen Sommerkurs in praktischer Soziologie nicht als völligen Mißerfolg anzusehen.

Er schlug ihr vor, mit ihm zu John Ehstrom zu gehen, den er seit dem unzeremoniellen Abschied in Mac Kellars Haus, da er zu Percy Harrigan gestohlen war, nicht mehr gesehen hatte. In der Halle teilte er dem Bruder sein Vorhaben mit, dieser erhob keinen Einspruch, bemerkte bloß, daß er nachkommen werde, falls Hal nichts dagegen hätte. Es lag Eduart nichts daran, die Bekanntschaft der irischen Johanna von Orleans zu machen; er folgte in einem gewissen Abstand, um Hals Gespräch mit dem Mädchen nicht zu stören. In keinem Falle wollte er aber etwas unterlassen, was des Bruders Sicherheit fördern könnte.

So zogen sie im Mondschein aus. Zuerst kamen Mary und Hal, dann Eduard, und hinter jenem sein Tischgefährte, der „Kurzwarenreisende".

Hal war ein wenig verlegen, fand nicht gleich die rechten Abschiedsworte. Er ahnte nicht, was Mary ihm gegenüber empfinden könne, und gab sich selbst mit keinem Schuldbewußtsein zu, daß er Angst hatte, es zu erfahren. Es schien ihm am klüglsten, heiter zu sein, und er begann damit, ihr Verhalten während des Streiks zu loben. Doch gab sie darauf keine Antwort, und er merkte, daß sie eigenen Gedanken nachhänge.

(Übersetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210719-10/fragment/page=0002

Lohnausgleich für die Brotpreiserhöhung.

Berlin, 19. Juli. (Priv.-Telegr.) Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat die kommende Brotpreiserhöhung wiederholt den Gegenstand von Besprechungen innerhalb des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gebildet. Die Frage wurde gemeinsam mit der Zentral-Arbeitsgemeinschaft erhoben und es wurde darauf hingewiesen, daß im Falle einer Verteuerung des Brotes eine Erhöhung der gegenwärtigen tariflich festgelegten Löhne erfolgen müsse. Hiervon ist auch dem Reichskabinett Mitteilung gemacht worden.

Das sterbende Rußland.

Durch die Blätter geht die Nachricht, daß eine Hungersnot von riesenhaftem Umfang (es sollen etwa 20 Millionen Menschen von ihr betroffen sein) in Rußland ausgebrochen sei. Maxim Gorki hat an den deutschen Dichter Gerhard Hauptmann einen dringenden telegraphischen Hilferuf gerichtet, der an die Humanität der Völker Europas appelliert und um Brot sowie Medikamente bittet. Auch wenn man mit dem Bolschewistenregime sachlich keinerlei Berührungspunkte hat, wird man von dieser Nachricht aufs tiefste erschüttert sein und wünschen müssen, daß die zivilisierte Welt sich zusammentut, um das fürchterliche Sterben zu verhindern, von dem die von der Hungersnot besonders betroffenen Gebiete bedroht sind. Es wird berichtet, daß aus diesen Gouvernements, in denen eine außergewöhnliche Trockenheit die ganze Ernte vernichtet und die fruchbare Erde gespalten haben soll, wie man es aus Eisgletschern sieht, die Menschen nach allen Seiten hin die Flucht ergreifen. Aber auch auf dieser Flucht werden die meisten zugrunde gehen müssen, da es im ganzen Rußland kein Gebiet mehr gibt, das über reichliche Nahrungsmittel verfügt. Hier aber stößt man auf die große Schuld des Sowjetregimes. Denn Hungersnöte hat es auch früher in Rußland gegeben, aber man war doch stets in der Lage, sich gegenseitig einigermaßen auszuhelfen, und aus den Gebieten mit guter Ernte die bedrohten Teile des Landes mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Das ist heute unmöglich geworden, weil durch die Sowjetherrschaft die Bauern Rußlands in Verhältnisse hineingedrängt worden sind, unter denen sie nur wenig mehr als das produzieren, was sie selber gebrauchen. Furchtbar ist es, daß nun eine Katastrophe eintritt, mit deren Möglichkeit gute Kenner Rußlands schon lange gerechnet haben, und daß vielleicht Millionen Menschen zugrunde gehen müssen, weil die Verbrechen des Krieges und der Nachkriegszeit eines der fruchtbarsten und zukunftsreichsten Länder des Erdballes in einen Zustand versetzt hat, der zum Himmel schreit. Wir in Deutschland, die wir selber in bedrängter Lage sind, werden den schwerleidenden russischen Menschen nicht viel Hilfe bringen können. Was wir aber zu tun in der Lage sind, müssen wir schnell tun. Die von Gorki so dringend geforderten Medikamente können wir in großen Mengen hinüberschicken. Und die übrigen Länder der Erde, z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Australien sind in der Lage, von ihren Getreideüberflüssen, mit denen sie nicht wissen wohin, so viel nach Rußland zu senden, daß das Allerschlimmste verhütet wird. Die Hauptsache ist, daß die Hilfe schnell kommt. Denn die Verkehrsverhältnisse in Rußland sind, wie man weiß, derart zerrüttet, daß selbst allerschnellste Hilfe es nicht fertigbringen wird, so rechtzeitig am Platze zu sein, daß Hunger und Krankheit nur geringe Verluste anrichten werden. Man wird in jedem Fall darauf gefaßt sein müssen, daß sehr viel Menschen der Hungerkatastrophe zum Opfer fallen, es ist die Pflicht aller Kulturnationen, dafür zu sorgen, daß ihre Zahl auf ein Mindestmaß beschränkt bleibt.

„Gewerkschaftsbonzen erschießen Arbeitslose".

Unter dieser Ueberschrift brachte die Nr. 34 von „Moskau" — das in deutscher und den übrigen Kongreßsprachen erscheinende Organ des dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale — auf der Titelseite einen Bericht über die Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus.

„. . . Und was taten die Vertreter der Arbeiter, die Gewerkschaftsbureaukraten? Sie bewaffneten sich mit Totschlägern, Gummiknüppeln und sonstigen Schlagwerkzeugen, um die Arbeitslosen zu verprügeln. Dem Oberbonzen Sabath (USPD.) mußte eine schwere Eisenstange, mit welcher er auf die Arbeitslosen einschlagen wollte, abgenommen werden. Nicht genug damit, verlangten die Gewerkschaftsführer die Weißgardisten und es rückten auf Anruf des ADGB. zwei Hundertschaften Sipo an, welche in Schützenlinie gegen die Demonstranten vorgingen. Ein Gewerkschaftsangestellter machte von der Schußwaffe Gebrauch und ein Obdachloser wurde schwer verletzt. „Freiheit" und „Vorwärts" hetzten in Gemeinschaft mit der reaktionären Presse gegen die provozierenden Arbeitslosen. So sehen die Vertreter der gelben Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale aus. Statt den Opfern des Kapitalismus in ihrer schlimmen Lage Hilfe zu leisten, versuchen sie die armen Arbeitslosen zu verprügeln."

Der „Vorwärts" schreibt dazu: Daß selbst in diesem Bericht die von den Gewerkschaftsbonzen erschossenen Arbeitslosen am Leben blieben, liegt nur daran, daß durch Lügen leiner stirbt. Sonst wären die Burschen, die solche Ueberschriften über verlogene Berichte setzen, schon längst daran gestorben. Selbst die „Rote Fahne" hat es nicht gewagt, den von einem Gewerkschaftsbonzen durch Schußwaffe schwer verletzten Obdachlosen aufmarschieren zu lassen. Wer wollte noch behaupten, daß Lügen kurze Beine haben. Sie laufen von Berlin bis Moskau und von da in die ganze Welt der Kommunisten und werden groß und stark dabei. Die Annahme, daß die Lügen der „Roten Fahne" nicht mehr zu überbieten seien, wird durch dieses kleine Beispiel von Verschweigung der Wahrheit ad absurdum geführt. Von „Moskau" kann die „Rote Fahne" noch lernen.

Notizen.

Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Die S. P. D. und die U. S. P. D. des Höchster Stadtparlaments haben in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Stadtverordnetenfraktionen und ihrer Parteivertrauensleute eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft gegründet. Zu allen Vorlagen des Magistrats soll die Arbeitsgemeinschaft gemeinsam Stellung nehmen. Gegebenenfalls soll Fraktionszwang angewandt werden. Die Kommunisten gehören dieser Vereinigung noch nicht an, doch schweben Verhandlungen mit ihnen, um sie zum Beitritt zu bewegen. Die Anregung zu der Arbeitsgemeinschaft ging von der U. S. P. D. aus.

Erhöhung der Tagegelder für Schöffen und Geschworene. Die Tagegelder, die den Schöffen und Geschworenen seit dem Jahre 1913 gewährt werden, und die ursprünglich auf 5 Mk. festgesetzt waren, sind im Jahre 1920 auf 20 Mark erhöht worden; zugleich wurde die Zulage für Nachtquartier von 3 Mark auf 12 Mark heraufgesetzt. Angesichts der herrschenden Teuerung reichen auch diese Sätze nicht mehr aus, so daß weiteren Teilen der Bevölkerung die Teilnahme an der Rechtsprechung erschwert wird. Vom 1. August d. J. tritt daher nach einer soeben veröffentlichten Verordnung der Reichsregierung vom 12. Juli eine weitere Erhöhung ein; das Tagegeld wird künftig 30 Mark, die Uebernachtungszulage 29 Mark betragen.

Die Besteuerung der Goldwerte. Am Mittwoch und Donnerstag wird laut „Voss. Ztg." der Ausschuß für direkte Besteuerung zusammentreten, dem die Steuerpläne der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegt werden sollen. Der Ausschuß wird sich zunächst mit einem Antrag der Arbeitnehmerverbände auf Besteuerung der Goldwerte beschäftigen.

Die Sowjetkatze. Der Sowjetwirtschaftler Larin erörtert in einem „Die Sowjetkatze" betitelten Artikel in der Moskauer „Prauda" die schädlichen Folgen der von der Arbeiter- und Bauerninspektion geübten präventiven Kontrolle, die lediglich formell sei, und nur das Verantwortungsgefühl schwäche. Nur dadurch sei zu erklären, daß in dem Haushalt der Forstverwaltung des Gouvernements Kostroma ein monatlicher Kredit von 15 000 Rubel für die Verpflegung einer Katze bestehe. Dabei werde die Notwendigkeit einer „Sowjetkatze" im Haushaltplan durch die Mäuseplage begründet. Die Kredite von 15 000 Rubel für eine Katze seien von einem Mitgliede des Zentralexekutivkomitees entdeckt worden, dessen Monatsgehalt nur 13 500 Rubel betrage.

Griechische Offensive. Nachrichten von der Front in Kleinasien zufolge soll es vier griechischen Divisionen gelungen sein, die Linie Yeni-Chehir-Rojas Polche zu besetzen, doch wurde der Vormarsch durch den türkischen Widerstand aufgehalten. Mustafa Kemal Pascha und General Fewzi sind an die Front abgereist.

Der Irenführer de Valera hatte gestern seine dritte Besprechung mit Lloyd George.

Provinz und Umgegend.

Sondergericht Wittenberg.

Wegen Beteiligung an den Vorgängen bei Wimmelburg erhält der Arbeiter Hermann Martin aus Halle, 31 Jahre alt, 6 Monate Gefängnis, 3 Monate gelten als verbüßt, die Reststrafe wird ausgesetzt. Beantragt war 1 Jahr Gefängnis.

Wegen des gleichen Vergehens bei Teutschenthal wird der 19jährige Bäcker Arno Morgenbrodt aus Halle auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, da ihm eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden kann. Vom Staatsanwalt waren 10 Monate Gefängnis beantragt.

Der Bergarbeiter Friedrich Schmidt aus Klostermansfeld, 19 Jahre, wird wegen Beteiligung an den Unruhen daselbst zu 1 Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. 12 Wochen gelten als verbüßt. Die mitangeklagten Bergarbeiter Karl Wenzel, 24 Jahre, Stanislaus Warnowski, 20 Jahre, Alwin Taciak, 24 Jahre, und Hermann Vollrat, 20 Jahre, sämtlich aus Klostermansfeld, werden freigesprochen.

Der Arbeiter Otto Alligermosser aus Halle, 26 Jahre, wird wegen Anschluß an die Rote Armee im Leunawerk zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird 3 Jahre ausgesetzt.

Ebenfalls wegen Anschluß an die Aufrührerbanden in Wolferode wird der Bergmann Karl Eichler von dort, 25 Jahre, zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, 2 Monate 3 Wochen gelten als verbüßt.

Wegen Anschluß an die Rote Armee in Leuna erhält der Elektriker Karl Schade aus Halle 4 Monate Gefängnis, 3 Monate gelten als verbüßt, die Reststrafe wird ausgesetzt.

Der Bergmann Reinhold Hildebrandt, Vorsitzender der kommunistischen Ortsgruppe in Siersleben, hat daselbst eine Abteilung der Roten Armee gebildet und wird deshalb zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der mitangeklagte Schuhmacher Friedrich Winkler wird wegen Anschlusses an einen bewaffneten Haufen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Beantragt waren gegen Hildebrandt 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust und gegen Winkler 1 Jahr Gefängnis.

Der 19jährige Arbeiter Walter Kühnemund aus Wimmelburg wird wegen Beteiligung an Aktionen der Roten Armee zu 1 Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Geldstrafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt.

Der 20jährige Bahnarbeiter Oskar Bujok und der 23 Jahre alte Arbeiter Paul Machemehl aus Siersleben haben sich an Requisitionen und Mannschaftstransporten der Roten Armee beteiligt und außerdem Militärwaffen im Besitz gehabt, weshalb B. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt wird. Die Untersuchungshaft wird bei beiden angerechnet. Die mitangeklagten Bergarbeiter Friedrich Radtke und Wilhelm Arndt, ebenfalls aus Siersleben, werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen und aus der Haft entlassen.

Wegen Anschluß an einen bewaffneten Haufen wird der 22jährige Arbeiter Artur Schwarz aus Höhnstedt zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. 3 Monate gelten als verbüßt, die übrigen 3 Monate werden ausgesetzt.

Der Schmied Ernst Fischer aus Osendorf, 25 Jahre, ist mit der Roten Armee nach Leuna gezogen und hat sich dabei auch im Besitz einer Waffe und einer Handgranate befunden. Während vom Staatsanwalt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis beantragt wurden, geht das Gericht weit über diesen Antrag hinaus und erkennt auf 2 Jahr 6 Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. 3 Monate gelten als verbüßt.

Die Bergarbeiter Otto Lautenfeld, 20 Jahre, Karl Krüger und Otto Polaczek, je 19 Jahre, sämtlich aus Siersleben, haben sich ebenfalls an dem Aufruhr beteiligt und werden verurteilt: L. und K. zu je 1 Jahr, P. zu 6 Monaten Gefängnis. Letzterer erhält Strafaussetzung.

Der 27jährige Bäcker Franz Gumpert aus Klostermansfeld wird wegen Beteiligung an Aktionen der Roten Armee zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, 3 Monate gelten als verbüßt. Er wird auch aus der Haft entlassen und seine Strafaussetzung empfohlen werden.

Die Bergarbeiter Ewald Bornschein, 34 Jahre, und Fritz Haase aus Leimbach haben sich freiwillig zur sog. „Ortswehr" gemeldet und werden zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Beide erhalten Strafaussetzung.

Kleines Feuilleton.

Das Große.

Von Alfons Petzold.

Eins muß dir immer gegenwärtig sein,
ob du nun hämmerst, Mann, auf Stahl und Stein,
ob Fäustel haltend du zur Tiefe sinkst,
ob du des Feuers helle Kraft bezwingst,
ob du die Felder segnest mit der Saat
und Länder bindest mit dem Kupferdraht —:

Daß irgendwo ein Bruder steht und schafft
ein Gleiches mit der gleichen stummen Kraft,
daß irgendwo ein Bruder so wie du
strebt sehnsuchtsschwer der Sonnenstunde zu,
in der verbrüdernd eine ganze Welt,
er deine Hand in seiner Rechten hält.

Dantes 600. Geburtstag in den Schulen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

„Der preußische Unterrichtsminister hat angeordnet, daß im Laufe dieses Jahres, zumal im September, in den höheren Lehranstalten sowie in den Lehrbildungsanstalten Dantes gedacht wird. In dem hierzu ergangenen Erlasse heißt es:

„Im September 1921 wird in allen Ländern, soweit die europäische Kultur reicht, die 600. Wiederkehr des Todestages Dante Alighieris gefeiert werden. Ueber die Schranken der Völker und Zeiten hinweg gedenkt auch das deutsche Volk dieses großen Mannes und seines unsterblichen Werkes, mit dessen Deutung die besten deutschen Geister gerungen haben. Mehr als je scheint es nötig, dem sittlichen Ernst, der strengen Gerechtigkeitsliebe zu huldigen, die Dante verkörpert. In schwerer Zeit wird die „Göttliche Komödie" mit dem tiefen Einblick in das Menschenleben, ihren erhabenen Ideen, ihren ernsten Mahnrufen zur inneren Einkehr Verständnis finden."

Deutsche „Film-Kunst". Die „Vossische Zeitung" schreibt: Wir erhalten folgenden „Waschzettel" einer Filmfabrik, dessen Abdruck sie erbittet: Lili Dominici, eine der belanntesten Sensationsdarstellerinnen, ist für die Firma Rabody-Film G. m. b. H. und für eine Hauptrolle im „Rabody-Film" verpflichtet worden. Welche Anforderungen ein moderner Film an die Schauspieler stellt, zeigte sich bei den letzten Rabody-Aufnahmen. Hier mußte sich Lili Dominici im vollsten Galopp vom Pferd fallen lassen und bewegungslos liegen bleiben, während ein ganzes Reiterregiment über sie hinraste. — Tricks sind bei solchen Aufnahmen in wirklich großen Filmen nicht möglich, weil das Publikum heute geschult genug ist, um sofort zu erkennen, wo echter Wagemut eine wirkliche Sensation bietet und wo nur so getan wird." — Die deutsche Film-„Kunst" steckt sich immer höhere Ziele....

(Wir können die Polemik der „Vossischen Zeitung" nur dick unterstreichen. Wir geben allerdings noch einen Schritt weiter. Nur durch die Sozialisierung des Filmwesens kann das Kino aus dem Schwall der „tollkühnen" Sensationen auf das Niveau guter ideeller und historischer Kunst emporgehoben werden, denn den Unternehmer entzücken nur die gefüllten Häuser, das sozialisierte Filmwesen würde dem Publikum den guten Film gewissermaßen aufzwingen und dadurch eine kulturelle Mission vollbringen.)

Steinachs Forschungen über Geschlechtsverwandlung finden ihre erste Ausbeutung hinsichtlich unserer modernen Weltanschauung in einem kleinen Buch „Vom Sinn des Eros" von Harry Schumann (Verlag Carl Reißner in Dresden). Wir entnehmen dem Buch, das der Worpsweder Künstler Heinrich Vogeler mit anmutigen Zeichnungen versehen hat, folgende Ausführungen aus dem Abschnitt über Körper und Seele, die den Kern des Problems zusammenfassen: Steinachs Entdeckungen zeigen, wie innig alles Seelische vom Körperlichen abhängt. Denn im Verjüngungsproblem gewähren wir je eine Umwandlung des Seelischen durch Erneuerung körperlicher Drüsen. Die Versuche der künstlichen Geschlechtsverwandlung sind dazu angetan, unsere Erkenntnisse geradezu zu revolutionieren. Jahrhundertelang nahm der finstere, lebensfeindliche Glaube die Menschheit gefangen, daß der Körper etwas Niederes sei, im Kampf stünde mit der ewigen göttlichen Seele und den höchsten Menschenempfindungen, zu denen vor allem das Mütterlichkeitsgefühl der reinen Mütterlichkeit gehöre, ja das alles Körperliche überwunden werden müßte. Noch heute spukt dieser Wahn in manchen Köpfen. Da kam Steinach und setzte jungen kastrierten Rattenmännchen weibliche Geschlechtsdrüsen ein. Die Wirkung übertraf alle Erwartungen. Das männliche Aussehen schwand, das Fell glich sich dem des Weibchens an, der Knochenbau wurde zarter, und vor allem wurden die Empfindungen weiblich; das Männchen verlor völlig seine männlich derbe Art und gewann alle Eigenschaften der Mütterlichkeit, trotzdem es natürlich nie Mutter werden konnte. Es bemühte sich um die Jungen anderer Ratten und widmete diesen alle aufopfernde Hingabe, Liebe und Fürsorge, deren nur ein mütterliches Wesen fähig ist, und der Vergleich mit den Menschen trügte nicht. Eins der größten Wunder ist diese Erscheinung: Die Mütterlichkeit, das Höchste der Menschenseele, das immer wieder an die Menschheit glauben läßt, entsteht unmittelbar aus den stofflichen Absonderungen gewisser Drüsen. Es gibt wohl kaum einen deutlicheren Beweis dafür, wie der Körper die Seele gebiert. Welch Wandel der Anschauungen: jahrhundertelang glaubte die Menschheit an die Heiligkeit der Seele bei Verachtung des Körpers. Heute wird die Zeit für eine neue Erkenntnis reif; die Heiligkeit des Körpers wird gewiß werden, wo man ihr sehen, wie jene Drüsen den Inhalt unseres geistigen und seelischen Lebens bestimmen.

Ein Teil der Kunst ist unsittlich! Eine merkwürdige Auffassung von dem Wesen der Kunst offenbarte der Staatsanwalt von Bradtke in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III in Berlin. Im Mittelpunkt stand der im End-Verlag erschienene Roman „Morast", der von der Anklagebehörde als unsittlich erachtet wurde. Obwohl der angeklagte Verleger eine Anzahl sachverständiger Gutachten von Bernhard Kellermann, Kerr u. a. beibrachte, nach denen der Roman nicht als unsüchtig zu gelten habe, kam das Gericht zu einer Verurteilung des Verlegers und Einziehung des Buches. Der Staatsanwalt hatte in seinem Plaidoyer ausgeführt, es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß ein Werk von künstlerischem Wert nicht unsüchtig sein könne. Ein Teil der Kunst sei ohne Zweifel im Sinne des (Gesetzes (!) unsüchtig. Zur Erklärung des Begriffes „unsittlich" sei es gleichgültig, ob es sich um Kunst handele oder nicht. Maßgebend sei nur die Erwägung, ob durch das betreffende Werk das Schamgefühl der breiten Masse verletzt werde. Gegen das Urteil des Gerichts ist Revision beim Reichsgericht angemeldet worden.

(Es wird ja immer schärfer. Jetzt ditieren die Richter sogar nach den Inhalt von Kunstwerken und entscheiden über ästhetischen, moralischen und kunstlerischen Wert. Man muß das als grobe Verirrung bezeichnen. Die Juristen dürfen nicht überall — auch im Kunstempel — ihre Fühler ausstrecken, sonst haben sie keinen Grund zur Klage, wenn wir auch ihre Tätigkeit von unserem Standpunkt aus unter die Lupe nehmen.)

Wer heute Geld verdient. Der Salome-Foxtrott, der heute überall gespielt wird, wo man Foxtrott tanzt, hat seinem in Wien lebenden Komponisten Robert Stolz bisher ein Gesamthonorar von nicht weniger als 82 Millionen deutschösterreichische Kronen eingebracht. Das macht in deutschem Gelde die stattliche Summe von rund vier Millionen Mark. Für Wein und Luxus ist, wenn immer dieses Stück gespielt würde, ein Vielfaches davon ausgegeben worden. Das heißt, dieses Schundstück allein hat das Nationalvermögen um unzeßählte Millionen verringert. Eine schöne Welt das.

Die Statistiker haben berechnet, was die Boxer Carpentier und Dempsey verdient haben. Sie erhielten zusammen die Summe von 3 125 000 M. für die Minute, in der Sekunde also zirka 58 000 Mark. Noch bessere Geschäfte als die beiden Boxer machte der Veranstalter dieses Unternehmens, Mr. Rickard, der an Eintrittsgeldern mehr als 2 Millionen Dollars einnahm und gegen 600 000 Dollars dabei verdiente. Das alles in einem Land, in dem Millionen im größten Elend leben. Aber mit dem Kapitalismus hat das alles nichts zu tun, sagt das „Berliner Tage-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210719-10/fragment/page=0003

Wegen Anschluß an einen bewaffneten Haufen und Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz werden der Bergmann Fritz Heidel, 30 Jahre, und der Arbeiter Fritz Hendrich, 19 Jahre; beide aus Unterfarnstädt, zu je 1 Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Je 3 Monate gelten als verbüßt.

Der 30 Jahre alte Bergmann Hermann Ponicke aus Helbra hat mit Waffengewalt für die Rote Armee Lebensmittel requiriert und eine Anzahl Leute gewaltsam zum Anschluß an die Rote Armee gezwungen. Der Staatsanwalt beantragt 10 Jahre Zuchthaus und 15 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkennt auf 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. 1 Monat und 1 Woche gelten als verbüßt.

Weil er bei der Requisition eines Autos beteiligt war, wird der 21 Jahre alte Arbeiter Fritz Dähne aus Querfurt zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. 3 Monate gelten als verbüßt, die Reststrafe wird ausgesetzt. Beantragt waren 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Der 20 Jahre alte Schlosser Reinhold Steinbiß aus Wimmelburg hat daselbst mit einem Gewehr für die Rote Armee Posten gestanden und wird zu 9 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. 3 Wochen gelten als verbüßt.

Bitterfeld—Delitzsch.

Delitzsch. Oeffentliche Versammlung. Am Freitag fand hier von unserer Partei einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Oberpostsekretär W. Steinkopf-Berlin (M. d. R.) über die gegenwärtige Lage Deutschlands sprach. Die verhältnismäßig zahlreichen Anwesenden folgten den durch Klarheit und Sachlichkeit sich auszeichnenden Ausführungen des Redners mit gespannter Aufmerksamkeit, besonders da hier einmal mit voller Deutlichkeit den Arbeitern, Angestellten und Beamten gezeigt wurde, wie die Besitzenden die größten Anstrengungen machen, alle die ungeheuren Lasten des Krieges und der Niederlage auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abzuwälzen. Redner forderte zum engsten Zusammenschluß und einmütigen, scharfen Kampf gegen die Absichten derjenigen auf, die die größte Schuld am Krieg und Niederlage tragen. Im Herbst werden diese Kräfte organisiert werden müssen mit der Parole: Hier Besitzende, dort Proletarier. Anschließend an diesen Vortrag fand eine Diskussion statt, in der u. a. Genosse Reukhel-Jena die Berechtigung der Besteuerung der Goldwerte darlegte, gegen die jetzt allenthalben von seiten des Besitzes mobil gemacht wird. Kommunisten, die sich durch Zwischenrufe bemerkbar gemacht hatten, meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Worte. So fand nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Steinkopf die Versammlung ihr Ende. Die Ausführungen waren wieder einmal ein Beweis dafür, wie dringend notwendig die Einigung der Arbeiterparteien ist, um alle Schläge der Reaktion abzuwehren.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Arbeiter-Sportinteressenten-Versammlung. Am 11. Juli fand hier eine vom Arbeiter-Sportkartell einberufene öffentliche Sportversammlung statt, die leider sehr schwach besucht war. Ein bedauerliches Zeichen des mangelnden Interesses das dem Arbeitersport entgegengebracht wird. Der Redner des Abends, Vors. d. Zentr.-Kom. für Sport- und Körperpflege, hielt einen gutdurchdachten Vortrag über Turnen, Sport und Spiel im Dienste der Volksgesundheit. Er sprach über Zweck und Ziel der Arbeitersportbewegung, über den Mangel an Turnhallen, Spielplätzen usw. und zeichnete das traurige Verhalten der mitbeteiligten Regierung, die auch in dieser Beziehung schwer an unserem Volke gesündigt hat. Gefängnis und Geldstrafen sind über die Führer der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung verhängt worden; auch unsere bürgerlichen Sportverbände tragen ein großes Teil Schuld daran, denn sie wollten den Arbeitersport nicht auf die Höhe kommen lassen. Turnhallen und Spielplätze überließ man meist nur bürgerlichen Vereinen, für Arbeitersportler war kein Platz. Es sei auch hier festgestellt, daß sämtliche bürgerl. Sportverbände der Jungdeutschlandbewegung angeschlossen waren. In trefflicher Weise legte der Referent die Gegensätze klar, die zwischen Arbeitersport und bürgerlichem Sport bestehen. Dem Arbeitersportler hält man vor, er treibe Politik; dazu müssen wir erklären: Wir treiben den Sport zur Gesunderhaltung des Körpers, nicht Selbstzweck sondern Mittel zu jenem erhabenen Zweck soll er sein, unsere Kultur zu den höchsten Sonnenhöhen emporzuheben. Wir wollen die Jugend belehren und den Gemeinschaftsgeist praktisch pflegen und bilden. Anders in bürgerlichen Sportverbänden. Hier heißt es, wir sind neutral. Dr. Göß, der Führer der deutschen Turner, erklärte einst: Der Sozialismus ist nur für unreife Kindskopfe. Auf einem Programm zum Fußballspiel des Deutschen Fußballverbandes stand: Sportler und Turner, wählt die Liste der Deutschen Volkspartei. Auch hier in Naumburg darf die schwarz-weiß-rote Fahne niemals fehlen und wenn es nur zum Winken ist. Beim Jugendportfest verweigerten die Schüler der höheren Schulen die Annahme von Kranzen, die schwarz-rot-goldene Schleifen trugen, sie verlangten schwarz-weiß-rote Schleifen. In der freien Aussprache nahm das Wort der Vertreter der bürgerlichen Radfahrer, Körner, der nicht begreifen konnte, daß der Referent fortwährend auf den „Stolz der Arbeitersportler" hinwies. In den Reihen der deutschen Radfahrer wären auch sehr viele Arbeiter, und es werden dort sehr gute sportliche Leistungen gezeigt. Anschließend sprach Stadtrat Betge als Leiter der Sport-Jugendabteilung der Stadt, er gab an, daß er mit dem Referat voll und ganz einverstanden sei. Vor dem Kriege hatten unsere Naumburger Stadträte sehr wenig übrig für Sport und Spiel und jetzt scheint auch noch eine gewisse Abneigung dafür zu bestehen, denn die Freigabe der Vogelwiese benötigte erst mehrere Sitzungen. Dies rief auf allen Seiten große Entrüstung hervor. Dann teilte er mit, daß auch hier das Stadtamt für Leibesübungen nunmehr in Kraft trete. (Ein Erfolg des Arbeiter-Sportkartells.) Vor dem Kriege ging die ganze Sportkorrespondenz auf eine Postkarte, heute langen die Akten kaum zu. Die finanzielle Not der Städte sei groß, aber er werde sein Bestes tun, um für den Sport Gutes zu schaffen. Als nächster Redner sprach Stv. Aug. Winkler. Er geißelte auch scharf das Verhalten der verschiedenen bürgerl. Stadtverordneten und sprach sein Mißfallen aus, daß die freigewordene Militärbadeanstalt noch nicht aufgekauft sei, wahrscheinlich sei kein Platz an der Saale. (Es fiel der Zwischenruf: Die Badeanstalt taucht ja den Arbeiter unter?) Vom Turnverein Friesen sprach der Vors. Erfurt. Auch er war mit dem Referat einverstanden, nur wünschte er, man sollte einem jeden seinen Sport treiben lassen, wo er will. (Als Arbeitersportler gehört er aber in eine Arbeitersportorganisation.) Der Vors. Keil stellte darauf die Aufforderung an den Schwimmklub Wacker, er möge in seiner Versammlung beschließen, dem Arbeiter-Wassersport beizutreten, andernfalls das Arbeitersportkartell einen Arbeiter-Schwimmverein gründen wird. Der Vorsitzende von Wacker erwiderte, daß er diesen Wunsch der nächsten Versammlung unterbreiten werde. Im Schlußwort rechnete der Referent nochmals mit den Vertretern der bürgerl. Vereine ab und gab in Zahlen das Anwachsen der Arbeitersportverbände kund. Pflicht eines jeden Hand- und Kopfarbeiters sei es, den bürgerlichen Sport zu meiden und den Arbeiter-Sportvereinen beizutreten. Arbeiter erwacht! verlaßt die Reihen der bürgerlichen Sportvereine oder arbeitet in denselben dahin, daß sie geschlossen übertreten zum Arbeitersport; habt als politisch oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter den Mut und stellt in euren Mitgliederversammlungen diesen Punkt zur Diskussion und laßt es zur Abstimmung kommen. Laßt euch nicht mit Redensarten und schönen Worten einfangen.

Torgau—Liebenwerda.

Falkenberg. Das Falkenberger Tageblatt und der Achtstundentag. Die Agitation gegen den Achtstundentag, die seit geraumer Zeit in allen scharfmacherischen Kreisen und besonders in der Unternehmerpresse betrieben wird, ist auch vom „Falkenberger Tageblatt" aufgegriffen worden. Im Schweiße seines Angesichts müht es sich ab, nachzuweisen, „wie schädlich" der Achtstundentag auf unsere Produktion wirkt und daß wir im Interesse unserer Volkswirtschaft — ließ: Geldsack — garnichts besseres tun könnten, als den Maximalarbeitstag abzubauen. In der „Volksstimme" wurde erst kürzlich mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß das Proletariat das ureigenste Interesse daran habe, an dem gesetzlichen Arbeitstage festzuhalten. Wir können also an dieser Stelle darauf verzichten, alle Gründe aufzuzählen, welche die Arbeiterschaft bestimmen müssen, ihre Stellung zum Achtstundentag zu wahren. Aber ein Argument des „Falkenberger Tageblatts" wollten wir nicht unwiderlegt lassen. Es schreibt: „Daher hat sich die Arbeiterschaft fast regelmäßig, aller sozialistischen Theorien zum Trotz, für die Ueberstundenarbeit ausgesprochen, ja vielfach geradezu nach Zulassung der Ueberstundenarbeit gedrängt." Und weiter: „Daß die Arbeiter selbst einen achtstündigen Arbeitstag als unzureichend anerkennen, beweist die Tatsache, daß neuerdings allenthalben über Zunahme der Pfuscharbeit durch Arbeiter, die in ihren freien Stunden allerlei Reparaturen übernehmen, geklagt wird."

Entweder ist der Schreiber des Artikels über den Achtstundentag im „Falkenberger Tageblatt" ein Säugling in volkswirtschaftlichen Fragen oder aber er versucht, die Arbeiterschaft dumm zu machen. Zunächst muß entschieden bestritten werden, daß auch nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft für einen Abbau des Achtstungentages eintritt. Wo sich aber wirklich solche Arbeiter finden sollten, sind es ganz andere Beweggründe, als der Schreiber jenes Artikels erwartet. Diese Arbeiter gehen von der irrigen Auffassung aus, daß sie bei einer verlängerten Arbeitszeit auch mehr verdienen. Das beruht aber ebenfalls auf einem Trugschluß. Bei einem allgemein verlängerten Arbeitstag würde die Lebenshaltung der Arbeiterschaft keineswegs verbessert werden; wohl aber müßte die Arbeitslosigkeit ungeahnte Formen annehmen und der Arbeiterschaft somit als Ganzes nicht gedient. Die „Zunahme der Pfuscharbeit" von die der Artikel erwähnt, läßt sich nur dadurch verstehen, daß das Lebensniveau der Arbeiter immer tiefer sinkt und sie demgemäß durch jene verzweifelten Versuche ihren Verdienst zu vergrößern, einen Ausweg aus der Not erspähen. Eine einfache Ueberlegung sagt aber dem gewerkschaftlich geschulten Arbeiter, daß er damit die Lebenslage seiner Klasse nicht verbessern kann. Die soziale Gesetzgebung geht, daß muß noch gesagt werden, von dem Gedanken aus, daß nicht nur der Arbeiter gegen das kapitalistische Ausbeutertum, sondern auch gegen die Ausbeutung durch sich selbst geschützt werden muß. Wenn einzelne Arbeitergruppen versuchen, diesen Schutz zu sprengen, werden sie die weitüberwiegende Mehrheit des gesamten Proletariats gegen sich haben und das mit Recht. Der Achtstundentag sei uns die wichtigste soziale und kulturelle Errungenschaft. Wer sie beseitigen will, ist der Feind der Arbeiterschaft! Dazu gehört also auch das „Falkenberger Tageblatt."

Nordhausen. Ein „gebildeter" Nationalist. Der Oberbürgermeister Dr. Contag hat aus Anlaß seiner Haltung zum Hindenburg-Rummel aus Braunschweig folgende Drohkarte erhalten:

An den größten Lump und Vaterlandsverräter Dr. Contag, zurzeit noch Oberbürgermeister in Nordhausen a. H.

Lump!

Lumpen redet man mit Du an. Durch die Begegnung St. Exzellenz v. Hindenburg hast Du Dich selbst zum größten Vaterlandsverräter gestempelt. Den Mann, dem Du und Deine Familie das Leben verdankst, hast Du gemieden. Dieses soll Dir teuer zu stehen kommen. Du wirst der Nachfolger von Deinem Genossen Gareis, dem ist auch wohl, daß ihn der Rasen deckt, denn solche Menschen sind Hallunken und keine Deutschen. Sollte Dir und Deinen beiden Genossen das Leben lieb sein, so legt innerhalb 14 Tagen Eure Aemter nieder, denn solche Lumpen darf die liebe Sonne nicht bescheinen. Die Arbeiter und Bürger von Nordhausen werden Dir ihren Lohn schon geben.

Ein Mitglied des Ausschusses zur Beseitigung aller Vaterlandsverräter.

Dieser urteutsche Briefschreiber ist nur ein Beweis der nationalistischen Geisteserrenkung, die jetzt als bewunderungswürdig bei einer gewissen Sorte Menschen fleißig in Uebung ist. Hakenkreuzlerischer Wiederaufbau!

Dienstag

Mittwoch — Donnerstag

Schluß-Die Drei Tage!

bieten noch ganz besondere Vorteile zum billigen Einkauf in Wäsche aller Art, da ganz bedeutende Preissteigerungen in Aussicht sind, worauf ich besonders hinweisen möchte. Ich habe noch grosse billige Warenmengen abzugeben u. kann jedermann raten, seinen Bedarf für jetzt und die nächste Zeit bei mir zu decken, es wird keinen gereuen.

Ich biete heute an:

Bettbezüge weiss und bunt . 68.— 60.—
Bettbezüge mit 2 Kissen 110.— 98 — 85.—
Linon-Bettbez. m. 2 Kiss. 125.— 110.— 98.-
Stangenleinen-Bettbez. m. 2 Kissen 225.-
Weisse Bez. m. Paradekiss. 178.- 160.- 152.-
Handtücher 15.— 13.— 10.— 9.50 7.50 6.—
Damen-Hemden . 36.- 29.- 28.- 22.50 17.50
Prinzess-Röcke 90.— 78.— 63.— 56.- 49.75
Unterjacken 21.— 18.— 15.- 13.- 10.50 7.50
Herren-Maccohemd. 39.- 36.- 32.- 27.- 24.-
Herr.-Normalhemd. 48.- 42.- 39.- 30.- 25.-
Herr.-Einsatzhemd. 42.- 36.- 33.- 30.- 27.50
Barchent-Hemden 52.— 48.- 39.- 36.- 32.-
Gummi-Hosenträger 18.- 15.- 12.- 10.- 7.50
Damen-Schürzen . 29.— 26.— 22.50 21.—
Damen-Schlüpfer alle Farben . . 21.—
Bade-Anzüge 38.- 32.— 28.— 21.- 16.- 14.-
Kinderschürzen 21.— 18.— 15.— 12.— 9.50

Gardinen, um zu räumen
24.— 22.50 21.— 18.— 15.— 14.— 12.— 8.50
Gardinenspitzen . 9.50 8.50 6.50 3 75
Künstlergardinen . . . 84.— 75.-

Wäsche u. Hemdentuch 13.- 10.25 9.50 6.50
Hemdenbarchent . . 9.50 8.50 7.50 5.50
Ein Posten Linon ausnahmsweise 10.50
Alle vorhandenen Dirndl'stoffe ohne Rücksicht a. d. früheren Preis 12.—
Kleider-u. Schürzendruck jetzt 16.—12.—

Maschinengarn 5 Rollen 10.—
Stickereien 4½ Meter 10.

Barmer Langetten . . . 30 Meter 10.—

Es ist ratsam, während der Schlusstage meines **Saison-Ausverkaufes** die Vormittagsstunden mit zu benutzen, denn erfahrungsgemäss ist der Andrang nachmittags zu gross.

Gelegenheitskaufhaus
Schmeerstr. 5, I Treppe.

Walhalla-Theater.

Täglich
Das Mädel vom Cabarett
Operettenposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Tageskasse 10—1 und ab 6 Uhr.
Beginn ½8 Uhr

Salonschiff **„Monika"** nach **Bad Neu-Ragoczy**
Regelmäßige Fahrten ab Peißnitzbrücke
Mittwochs u. Freitags 3 Uhr.
Donnerstag, den 21. Juli, vorm. 8 Uhr, I. gr. Feriensonderfahrt m. Musik nach Wettin und Rothenburg. (Tagestour)

Eine ganze für nur **Bibliothek neun Mark**
erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche **Arbeitnehmertaschenbuch**". Enthält alles, was man i tägl. Leben rasch wissen muß. Z. B.: Verfassung, Friedensvertrag, Heerwesen, Finanzen, Steuergesetze, Eisenbahnwesen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände, Wirtschaftssysteme, Parteiwesen, Redekunst, Massenpsychologie, Sowjetrussland, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsrätegesetz, Soziale Versicherung, Reichsversorgungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indexziffern, Taylorsystem, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valute, Einkommen usw.
Preis Mark 9.—

Buchhandlung Volkstimme
Gr. Ulrichstrasse 27.

Bei **krankh. Störungen u. Stockungen** der **Blutzirkulation** gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten **Menstruationstropfen**
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: **Adler-Apotheke**, Geisfitr. 15; **Sanitäts-Depot**, Leipzigerstr. 11; **E. Kertzscher**, Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); **C. Klappenbach**, Gr. Ulrichstr. 41. **M. Weitzsagt Nachf.** Gr. Ulrichstraße 30. **Albert Schumann**, Steinweg 46/47. **Fritz Speer**, Große Ulrichstraße 63.

Sozialdemokr. Verein Halle.

Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im „Nikolaus", Nikolaistraße

Mitglieder-Versammlung.

Der Genosse Lehrer **Görsch** spricht über
„Die weltliche Schule."
Dieses aktuelle und wichtige Thema fordert daß die Mitglieder zahlreich erscheinen und die Frauen und Gäste mitbringen.

Der Vorstand.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 20. Juli: Anfg. 7½, Ed. 10½ Uhr:
Der Vogelhändler
Operette von Zeller.
Donnerstag: **Wilhelm Tell.**

R. A. Otto Herrmann,
Halle a. S.,
Magdeburgerstraße 9.
Großhandlung in Kleiderstoffen, Herrenstoffen und Baumwollwaren,
Für Schnittwarengeschäfte und Händler billiger Bezug.
Lagerbesuch lohnend.

!! Sommersprossen !! verschwinden!
Auf welche einfache Weise teile Leidensgenossen unentgeltlich mit. Frau **Elisabeth Frucht, Hannover** 52 Schließfach 238.

Für Wiederverkäufer!
(Sächsisches Fabrikat.)
Nur Qualitätsware! Beste Verarbeitung!
Kindiedersandalen, Segeltuchturnschuhe
liefert in den Größen 21—46 zu billigsten Preisen
Lederpantoffel-Versandhaus
Steinweg 24. **Halle a. S.** Steinweg 24.

Soeben erschien:
Die deutsche Revolution
ihre Entstehung, ihr Verlauf und ihr Werk
eine Geschichte des Werdens der deutschen Republik von
Eduard Bernstein
eicht kart. Mk. 15.—, in Halbleinen geb. Mk. 20,—.
Porto 80 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27,
und **sämtliche Austräger.**

Zu verkaufen
Schlafzimmer
Küchen
Herren-, Speisezim.
u. einzelne Möbel.
H. Bergmann,
Inh. R. Ebelling.
Möbelfabrik,
Halle, Fleischerstr. 30/31.
Tel. 2382.

Stellen finden
Krankenbesucher, der Büroarbeiten erledigen kann, und **Kassengehilfe,** zum 1. August gesucht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis 23. Juli einzureichen.
Merseburg, den 14. Juli 1921
Allgm. Ortskrankenkasse in Merseburg
Der Vorstand
Engel.

Vereins-Anzeiger

zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen

der Sozialdem. Partei,

Bezirksverband Halle. Hauptbüro daselbst, Harz 42/44. Fernruf 6900.

Für die Agitation: Zimmer 12 **Reinh. Drescher, Heinz Flicht,** Sekretäre. Kasse: Zimmer 38. **Herm. Kunzemann** Kassierer. Postscheckkonto 87 575 Leipzig.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Klostermansfeld. **Donnerstag,** den 21. Juli, abends 7 Uhr, **Volksversammlung** im Restaurant „Hohenzollern". Ref. Gen. Severing, ehem. preuß. Innenminister. Anschließend Besprechung. Volksgenossen, agitiert fleißig zu dieser Versammlung.

Holzweißig. **Freitag,** den 22. Juli, abends 8 Uhr, **erweiterte Mitgliederversammlung** bei „Schröder". Ref. Sekr. **K. Draus.** Alle Genossen, sowie Volksstimmenleser u. Freunde der Partei werden hierzu eingeladen.
Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210719-10/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Jungsozialisten. Da am Mittwoch abend 8 Uhr im „Nikolaus", Nikolaistraße, eine Mitgliederversammlung stattfindet, Thema: „Die weltliche Schule", wird unser Vortragsabend auf Mittwoch den 27. Juli verlegt. — „Jungsozialismus", die Festschrift zur Bielefelder Jungsozialisten-Tagung ist eingetroffen. Die interessante, reichhaltige Ausstattung und programmatische Bedeutung jener Schrift machen den Genossinnen und Genossen das Lesen zur Pflicht. — Das Buch ist erhältlich zum Vorzugspreis von 2 Mark Donnerstag zwischen ½5 und 7 Uhr bei Gen. E. Albanus, Barfstr. 16, II.

Der Vorstand.

Arbeiter-Jugend Halle. Heute abend 7 Uhr Spiel und Tanz auf der Peißnitz. Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. — Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle Teilnehmer nach Bielefeld, welche schon im Besitz einer Teilnehmerkarte sind, den an der Teilnehmerkarte befindlichen Quartierzettel auszufüllen und heute abend mitzubringen haben.

Der Vorstand.

Distrikt 17, 18, 18a. Distriktsversammlung am Donnerstag, den 21. Juli, im Restaurant „Schmelzers Höhe", beim Genossen Fr. Emmer, Eichendorffstr. 19, Ecke Richard-Wagner-Straße, statt. Tagesordnung: Wohnungsprobleme. Ref. d. Genossen Flücht.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Achtung! Holzarbeiter! Donnerstag, den 21. Juli, nachm. 4½ Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurationssaal „Volksparl".

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 19. Juli 1921.

Oeffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Montag, den 18. Juli.

Aus dem Wust der kleinen Vorlagen, welche gestern zur Beratung standen, stach die Besoldungsordnung für die städt. Beamten und Angestellten, als einziges größeres Objekt, scharf hervor. Unnötig, noch besonders zu betonen, daß diese Vorlage von außerordentlicher Wichtigkeit und dringender Notwendigkeit für die davon erfaßten Kreise ist. Von unserem Gen. Grauenhorst wurde an Hand einiger Zahlen darausfhingewiesen, in welcher Notlage grade die unteren und mittleren Beamten sich befinden und eben deshalb hätte man auch gewünscht, daß die Stadtverordnetenversammlung etwas mehr Ernst den vorgebrachten Abänderungsanträgen hätte widmen sollen, als wie es geschehen ist. Bei der gar so schnellen Verabschiedung der Besoldungsordnung scheint etwas einen Haken zu haben. Die Mitteilung des Herrn Balke (Dem.), daß der Beamtenausschuß sich mit den Abänderungsanträgen des Haushaltsausschusses einverstanden erklärt, mutete jedenfalls recht eigenartig an. Doch wir können nicht hinter die Kulissen schauen und müssen es den Beamten überlassen, sich mit etwaigen „Machern" auseinander zu setzen. Die Belastung der Stadt beträgt durch diese Aenderung der Besoldungsordnung 2,1 Millionen Mark mehr. — Von besonderem Interesse war auch die Eingabe um Anlage eines Freibades im Norden, dessen Errichtung hoffentlich recht bald zur Abstellung eines dringenden Bedürfnisses vorgenommen wird. — Die Straßenbahnwagen werden durch die Reklameausshänge bald ein anderes Aussehen erhalten. Zu wünschen ist, daß sie dadurch „veredelt", nicht aber „verschandelt" werden. — Die neue Sitzungsperiode der Stadtverordneten soll Anfang September beginnen.

*

Vor Eintritt in die Verhandlungen über die Tagesordnung gibt der Stv.-Vorsteher Keil eine Reihe Eingänge bekannt. Ein Gesuch von Anwohnern der Cröllwitzer Papierfabrik auf Abstellung der Belästigungen, welche durch den Gestank entstehen, wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Weiter liegen einige Mitteilungen vom Magistrat vor, die eine davon besagt, daß der Magistrat dem Beschluß der letzten Stadtverordneten-Versammlung, der Robert-Franz-Singakademie 10 000 Mark Beihilfe zu gewähren, beitritt, aber den Beschlüssen, auch dem Lehrergesangverein und dem Arbeitergesangverein solche Unterstützungen zu geben, nicht zustimmen kann. Der Magistrat will aber 20 000 Mark zu dem Zweck bereitstellen, Vereine mit künstlerischen und allgemein-kulturellen Tendenzen im Falle ihrer Bedürftigkeit zu unterstützen. Die soweitige Beihilfe nach diesem Gesichtspunkt behält sich der Magistrat unter Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung vor. Von den Stadtverordneten werden dagegen keine Einwände erhoben. Dem Magistrat wird auch ein Gesuch der „Freien Volksbühne" zur Berücksichtigung empfohlen, welches dahingeht, den Fußboden im Thaliasaal so ausbauen zu lassen, daß er nach hinten ansteigt und ferner eine feste Bestuhlung vornehmen lassen zu wollen.

Weiter teilt der Magistrat mit, daß der neue Etat in seiner endgiltigen Gestalt mit 123 683 739 Mk. balanciert.

Beigetreten wird einem Geschäftsordnung-Antrage des Genossen Gerig, zuerst die Beratung aller anderen Tagesordnungspunkte vorzunehmen und dann zum Schluß die Besoldungsvorlage für die städt. Beamten.

Die Wahl eines stellvertretenden Vorstehers

wird durch Zuruf vorgenommen und fällt auf Stv. Gräfe (Unabhängiger.)

In die Schuldeputation werden folgende Herren gewählt: Stv. Wilke (S. P. D.), Stv. Splett (S.), Stv. Wünsche (Unabh.), Redakteur Kasparek (Unabh.), Stv. Bundt (D. N.), Stv. Illgenstein (Kom.), Stv. Borges (Dem.), Rektor Haase.

Die Fa. Lüttigs Wwe. & Sohn beabsichtigt, ihre Baulichkeiten auf dem Grundstück Pfarrstraße Nr. 2 durch einen Anbau zu erweitern. Zu diesem Zwecke will sie eine etwa 15 Quadratmeter große Fläche städtischen Landes, die kluftlinienplanmäßig aus der Straße zu dem Grundstück entfällt, erwerben.

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt dem Verkauf der Landfläche zum Preise von 15 Mark pro Quadratmeter zu.

Es wird beschlossen, den an die offene Handelsgesellschaft Konrad Tack & Cie. vermieteten Verkaufsladen Nr. 5 im Schmeerstraßenflügel des Stadthauses für den jährlichen Mietzins von 16 000 Mark auf die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1922 weiterzuvermieten.

Der noch zur Verfügung stehende Restbetrag der Warenbaustener in Höhe von 19 296,44 Mark soll zur Erleichterung der Gewerbesteuer der kleinen Gewerbetreibenden verwendet werden.

Es wird weiter beschlossen, den zur hauptamtlichen Beschäftigung berufenen verheirateten Berufsschullehrern, welchen eine Familienwohnung nicht zugewiesen werden kann und welche daher zur Fortführung ihres Hausbaltes am bisherigen Wohnort gezwungen sind, vom Tage der Genehmigung der städtischen Körperschaften ab eine widerrufliche Teuerungsbeihilfe von 15 Mark für den Tag der damaligen Haushaltsführung zu bewilligen.

Der Magistrat hat beschlossen, unter der Voraussetzung der Einräumung eines Aufsichts- und Kontrollrechtes, der Kinderbewahranstalt „Adelheidsruh" einen außerordentlichen Zuschuß von 1134 Mark zu gewähren.

Die Stadtverordneten-Versammlung tritt dem Beschlusse bei.

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Beitritt der Stadt zum Deutschen Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik mit einem Jahresbeitrag von 500 Mark.

Reklamen an der Straßenbahn.

Um die Einnahmen der städtischen Straßenbahn nach Möglichkeit zu erhöhen, so führt die Vorlage aus, hat die Straßenbahn-Deputation beschlossen, die Reklamenausnutzung an den Außenseiten und im Innern der Wagen zu verpachten. Die Stadtverordnetenversammlung drückt ohne Debatte ihre Zustimmung dazu aus.

Die Mehrausgaben für Instandsetzungsarbeiten der Akkumulatoren-Batterie im Stadttheater betragen 1536 Mk. Die Summe wird bewilligt.

Die Einnahmen für Altmaterial, das beim Umbau der Thaliasäle gewonnen wurde, soll dem Baukonto zugeführt und von der Gesamtausgabe abgesetzt werden. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die hiernach noch verbleibenden Mehrausgaben für Umbauarbeiten der Thaliasäle in Höhe von 53 925,07 Mark zu bewilligen.

Zu einem vorliegenden Gesuch von Elternbeiträten um

Errichtung eines Freibades im Norden

wird von Stv. Günther beantragt, den Magistrat zu ersuchen, ein solches Bad zu errichten. Gen. Grauenhorst stellt dazu noch den Antrag, auch ein Luftbad im Norden anzulegen. Die Anträge sind das Gesuch geben an den Petitionsausschuß.

Eine Eingabe der hiesigen Tageszeitungen betr. Bezahlung amtlicher Bekanntmachungen wird dahingehend erledigt, daß sich die Stadtverordneten den Beschluß des Petitionsausschusses zu eigen macht: Dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, gewöhnliche Bekanntmachungen zum üblichen Zeilenpreis mit 50 Prozent Rabatt zum Abdruck in allen Zeitungen bringen zu lassen und umfangreiche Bekanntmachungen an den Anschlagsäulen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Der Hinweis darauf seitens der Zeitungen soll nach dem Satze wie andere Bekanntmachungen bezahlt werden.

Die Angelegenheit des Vermessungstechnikers Josef Schöneberger um Wiedereinstellung in den städtischen Dienst sowie um Bewilligung eines Lohnausfalles soll solange vertagt werden, bis der Schlichtungsausschuß entschieden hat.

Punkt 18 betrifft die Eingabe des Vereins zur Förderung des Gemüsebaues in Kleingärten um Ueberlassung des Ackerplans 103. Man beschließt, den Magistrat zu ersuchen, den Ackerplan, den bisher Gutsbesitzer Rusche inne hatte, zu 120 Mark pro Morgen Jahrespacht auf 10 Jahre an den Verein zu geben. Für jeden Hausbalt dürfen nicht mehr als 400 Quadratmeter zur Verfügung gestellt werden, und war nur an solche Mitglieder, die sonst keinen Acker haben. (Ref. Stv. Gerig (Mehrh.-Soz.)

Außerhalb der Tagesordnung bewilligt man noch zum Ausbau des Obergeschosses im Grundstück Große Märkerstraße 13 (Synagogengemeinde) als Wohnungen 33 000 Mark. Die Synagogengemeinde erhält dafür 800 Mk. Miete. Die Stadt gewinnt zwei schöne Wohnungen, die 1100 bis 1200 Mark Mietszins bringen. Ferner soll das freigewordene Schulbüro Rathausstraße 4, das bei Gebauer und Schwetschke ein neues Heim gefunden hat, zu drei Kleinwohnungen mit 27 500 Mark Kosten eingerichtet werden

Die Aenderung der Besoldungsordnung

für städt. Beamte und Angestellte, die als letzter Punkt der Tagesordnung zur Besprechung kommt, hat eine längere Geschäftsordnungsdebatte zur Folge. Von einigen Rednern wird erlaubt, nur die Vorschläge des Haushaltungsausschusses ansunehmen, aber keine Abänderungsanträge zu stellen, da man in so kurzer Zeit keine Entscheidung fällen kann. Demgegenüber wird vom Gen. Grauenhorst geltend gemacht, daß die Anträge, welche er zu stellen beabsichtigte, wohlerwogen sind und daß es das Wohl der Beamten erfordere, sofort dieselben zur Beratung zu bringen. Er beantragte deshalb Durchsprechung dieser Anträge. Sein erster Antrag findet keine Gegenliebe bei den Stadtverordneten und wird abgelehnt.

Dagegen findet folgender Antrag unseres Gen. Volbracht zu § 13 Punkt 5 der Besoldungsordnung Annahme: Die Einreihung in die einzelnen Gehaltsklassen auf Grund von absolvierter Lehrzeit oder abgelegten Lehranstaltsprüfungen schließt nicht aus, daß besonders befähigte Personen auch ohne derartige Nachweise in diese Gruppe aufgenommen werden.

Ein weiterer Antrag des Gen. Grauenhorst findet Ablehnung, da, wie Stadtrat Belthunsen ausführte, bei Annahme desselben die ganze Besoldungsordnung durch Nichtzustimmung der Regierung gefährdet werden könnte. In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage gegen einige Stimmen auf der Linken angenommen.

Vor Schluß der Sitzung kommt, noch ein Dringlichkeitsantrag zur Erledigung. Es ist beantragt worden, dem Hallischen Künstlerrat zum Saalekorso 1921 eine Beihilfe von 10 000 Mark zu gewähren. Die Stadtverordneten unterstützen diesen Antrag mit der Bedingung, daß sich der Künstlerrat betr. der Veranstaltung mit dem Verkehrsverein in Verbindung setzt.

Ferienwanderungen der Schulkinder.

1. Ausflug am Freitag, den 22. 7., nach der Heide. Treffpunkt für den Süden und Inneres der Stadt: Hallmarkt; für den Norden am Restaurant Mohr. Führung: Genossin Better. Gemeinsamer Abmarsch vom Hallmarkt 8½ Uhr. Verpflegung und Trinkbecher sind mitzubringen!

Bei ungünstiger Witterung findet die Wanderung am nächsten Tage zur selben Zeit statt.

Alle Wanderungen werden an dieser Stelle vorher angezeigt.

Beschäftigung von Ausländern. Der Magistrat schreibt uns: In der letzten Zeit haben sich die Fälle gehäuft, in denen Arbeitgeber ohne Genehmigung des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt Ausländer eingestellt haben. Nach der Verordnung des Regierungspräsidenten von Merseburg vom 18. November 1920 bedarf jede Einstellung von Ausländern der vorherigen Genehmigung des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung. Anträge auf Genehmigung zur Beschäftigung von Ausländern sind für den Bereich des Stadt- und Saalkreises schriftlich beim Städt. Arbeitsamt hier, Salzgrafenstraße 2, einzureichen.

„Die weltliche Schule"

behandelt Genosse Lehrer **Görsch** in einem Vortrage, welcher morgen, **Mittwoch,** pünktlich abends 8 Uhr, in der

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen — Ortsvereins Halle stattfindet.

Alle Parteimitglieder, insbesondere alle Eltern, müssen zu dieser Versammlung erscheinen.

Oeffentliche Polizeibeamten-Versammlung.

Gestern tagte eine vom Sozialdemokratischen Verein einberufene Versammlung der blauen und grünen Polizei in Wilsdorfs Gesellschaftshaus. Als Referent war der Landjägermeister Genosse Strunk (Wiesbaden) gewonnen. Er führte dem Sinne nach etwa folgendes aus: Erste Notwendigkeit des Exekutivbeamten in der deutschen Republik ist proletarisches Empfinden, der Beamtendünkel muß verschwinden. Die allgemeine Lebenslage der unteren Beamten ist die gleiche wie früher. Die Reaktion versteht es noch, und versucht es beständig, die Beamten der Schutzpolizei zu entrechten, was besonders in den Verhandlungen des Hauptausschusses der Landesversammlung klar zutage trat. Die Schutzpolizei, ein Instrument zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung in der deutschen Republik, soll eine Volkspolizei sein. Es darf nicht angehen, daß dieselbe im Sinn der Rechtsparteien nur eine Polizei für eine Klasse ist. Im alten wilhelminischen Staate glaubten gerade diese mit großem Geldbeutel bedachten Herrschaften, für sie existiere keine Polizei; nur zur Niederknüttelung der Enterbten und Entrechteten müßte Polizei vom Staate erhalten werden. Gesetze für die oberen Zehntausend gab es nicht zu beachten. In letzter Zeit überbieten sich die Rechtsparteien bis zu den Demokraten, an ihrer Spitze Herr Dominikus, an Entrechtung der Schutzpolizei. Ein starkes Stück leistete sich besonders der jetzige, stark reaktionär angehauchte Innenminister des preußischen Landtages in seiner Phrase von der Entpolitisierung der Polizeibeamten. Politik soll es bekanntlich bei den Beamten der Schupo nicht geben. Man gestattet es aber, ungeniert die kasernierte Beamtenschaft mit reaktionären Schriften und Zeitungen aller Rechtsschattierungen zu füttern, und man sieht eine politische Organisierung in ihrem Sinne als ein vaterländisches Empfinden an. Wehe aber dir Schutzpolizeibeamter, wenn du ein sozialdemokratisches Flugblatt liest und etwa noch deinen Kameraden weitergibst; dann trickst du Politik und der Strick ist schon gedreht, auf Knall und Fall liegst du auf der Straße. Dieses sind nicht seltene Erscheinungen. Der Referent ergeht sich in Ausführungen, welche darin gipfeln, daß ein Beamter, welcher keine Politik betreibt, eben kein Beamter ist. Ohne politisch geschulte Beamten gibt es kein Aufbau, sondern Zerfall der jungen deutschen Republik, welche ohnehin schon stark gefährdet ist. Die gesamten Rechtsparteien wollen die völlige Militarisierung der Beamtenschaft, sie erstreben eine zweite Reichswehr. Hiergegen wird sich die Mehrheitssozialdemokratie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu wehren wissen; diese sogenannte zusammengeklesterte 2. Reichswehr soll in Grund und Boden verfaulen. (Lebhafter Beifallssturm.) Die Rechtsparteien wollen in de mShupobeamten nicht den Beamten, sondern den Soldaten sehen. Gerade das Gebahren reaktionärer Offiziere fordert zum Protest aller Unterbeamten heraus. Griffe klopfen, Hacken zusammenreißen, „Hände an die Hosennaht", „auf und nieder", das sind sichere Anzeichen dafür, wohin die Reise gehen wird, wenn die Beamtenschaft nicht die Augen offen hält. Wenn die Monokelträger schon das Soldatenspielen nicht entbehren wollen, so mögen sie sich eine Schachtel „Zinnsoldaten" kaufen, nur sollen sie das Malträtieren der ohnehin schwer in Anspruch genommenen Beamtenschaft unterlassen und das Führen der Beamten denjenigen überlassen, welche das richtige Verständnis dafür haben. (Lebhaftes Bravo.) Wenn schon ein Offizier der Polizei seinen Gehalt von der Republik erhält, dann soll er auch den bestehenden Gesetzen Achtung und Nachdruck verleihen; kann er das aber mit seinem reaktionären Empfinden nicht vereinbaren, dann soll er sich zum Teufel scheren.

Die Anstellungsbedingungen waren ein Kapitel im Referat, welches besonderes Interesse erweckten. Wenn ein Beamter 12 Jahre Dienst getan hat, soll er nach diesen Bedingungen wieder gehen, während von den Rechtsparteien volles Einverneehmen darin bestand, den Offizieren gleich von vorn herein lebenslängliches Dienstverhältnis zu gewähren. Diese Ungerechtigkeit schreit zum Himmel und kann nur möglich sein in einer stockreaktionären Preußenregierung, an dessen Spitze noch dazu ein demokratischer (!) Innenminister mit zu finden ist. Es ist sonnenklar, daß bei derartigen Bedingungen bei den Beamten der Schutzpolizei ein Interesse am Polizeidienst nicht vorhanden sein kann. Es muß eine Berufspolizei geschaffen werden, soll der Bestand der Republik gewährleistet sein. Ebenso soll es einem Beamten der Schutzpolizei unbenommen bleiben, wenn er reif dazu ist, sein eigenes Heim an der Seite seiner Gattin sich zu gründen. Die jetzigen Bestimmungen aber soll man ohne weiteres als einen Fetzen Papier bewerten. Die Sozialdemokratische Partei verlangt von der Regierung, daß Mittel und Wege geschaffen werden — wenn schon eine Kasernierung nicht zu umgehen ist — um die Beamten von der Wanzenplage zu befreien, denn dazu ist der Dienst zu schwer und anstrengend, als daß man nachts noch seine Ruhe opfern kann. Ferner fordert der Referent, daß es keiner Partei einfallen möge, den Beschlüssen des Hauptausschusses der Landesversammlung Folge zu geben, um den Beamten der Schutzpolizei das Koalitionsrecht zu nehmen. Die Sozialdemokratie hat das freie, gleiche und direkte Wahlrecht erkämpft und will es erhalten wissen, wehe dem, der es antastet. Zum Schluß kommt der Referent noch einmal auf die Qualifikation der Offiziere zu sprechen und ist sich mit der versammelten Beamtenschaft eins darin, das nur diejenigen Offiziere sein können, welche voll und ganz durch die Polizeischule gegangen sind und stets mit gutem Beispiel vorangehen. Nur geistig wirklich befähigte haben ein moralisches Recht, Offizier zu sein. Von einer Exekutivtruppe in der Republik erwartet man, daß sie Kulturaufgaben erfüllt. Einig aber müssen grüne und blaue Polizei sein, denn nur so kann die deutsche Schutzpolizei im wahren Sinne des Wortes eine Volkspolizei sein. (Lebhafter Beifall.) In der darauf einsetzenden Diskussion kam zuerst Genosse Krüger zu Wort, welcher in sehr durchdachter Art fast alle Ausführungen des Referenten unterstrich und die Beamten warnte, sich in das Garn der Reaktionäre nehmen zu lassen. Der 2. Diskussionsredner, der Volksparteiler Abgeordneter Hendenreich, stellte bewußt die Tatsachen auf den Kopf, erging sich in wüsten Schimpfkanonaden und Verleumdungen auf den Abgeordneten Severing und Hörsing sowie des Polizeidirektors von Magdeburg und mußte vom Versammlungsleiter erst darauf aufmerksam gemacht werden, daß er hier doch nur Gastrecht genieße. Die versammelte Beamtenschaft wollte dieses Gekreische nicht länger über sich ergehen lassen und so trat Herr Hendenreich unter dem Spott der Versammelten in eisiges Schweigen gehüllt ab. Man versprach ihm bei etwaigen späteren Gastrollen gleiche Ovationen. Mit Recht kam aus der Mitte der Versammlung der Zuruf: „Geben Sie sich keine Mühe, hierherzukommen Sie nicht." Der 3. Diskussionsredner glich einem schwankenden Rohr, von Parteien wollte er nichts wissen, wollte aber eine geschlossene Front aller Beamten haben, gegen wen; verriet er nicht; er mißtrebidierte ebenfalls unseren Genossen Severing usw. Böse Zungen behaupten, er trüge das Mitgliedsbuch der Deutschnationalen Volksparteiin der Tasche, wie sagt doch Schiller: — „Es muß auch solche Käuze geben." — Genosse Flücht rechnete ganz exemplarisch mit Herrn Hendenreich ab, und legte die wissentlichen Lügen dieses stockreaktionären Sinneshelden offen der Versammlung dar. Die nächsten Diskussionsredner ohrfeigten ebenfalls moralisch Herrn Hendenreich derartig, daß jener Held es vorzog, das Feld zu räumen und zu verschwinden. Auch Genosse Strunk war es im Schlußwort leicht, alle von Herrn Abgeordneten Hendenreich in die Welt gesetzten Lügen und Unterschiebungen zu zerpflücken. Er brandmarkte diesen Apostel stinnisierter Heilslehre aber ganz besonders, daß er nicht der Wahrheit die Ehre gegeben hatte und stillschweigend verschwunden war, als er seine gemachten Behauptungen nicht aufrechterhalten konnte. Genosse Strunk ermahnte noch zum Schluß alle Beamten, selbst der Schmied ihres Geschickes zu sein. Bei Abgabe eines Stimmzettels zur Wahl vollziehe jeder den wichtigsten Akt seiner Zukunft, darum hinein in die große starke Partei der Arbeiter, Angestellten und Beamten, hinein in die SPD. (Langanhaltender Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210719-10/fragment/page=0005

Auf zum Parteifest am Sonntag, den 24. Juli,

nachmittags 3 Uhr,

im „Hofjäger".

führungen. Der Erfolg dieser Versammlung waren einige Dutzend Neuaufnahmen in die Partei. An den Beamten selbst liegt es nun, diesen Erfolg weiter auszubauen und in allen Beamten das Gefühl für ihr gutes Recht zu wecken. A. St.

Sondergericht.

Zuchthausurteil!

Die Krüger-Kammer verhandelte gegen den Angeklagten Hermann Heise. Die Anklage stützt sich auf die Tatsache, daß Heise während der Aufruhrtage in Eisleben, als dort Plünderungen ausbrachen, einen auf der Straße liegenden Rucksack an sich nahm, den er nach einiger Zeit in Erfurt an einen Bahnbediensteten für 100 Mark wieder verkaufen wollte, was ihm aber mißlang und das Mißtrauen der Gerichte wachrief. Der Staatsanwalt Dr. Thilo sah nach dem Gang der Verhandlung den Beweis für einen vorliegenden schweren Landfriedensbruch (!!) für erbracht. Sein Plädoyer stützt sich im wesentlichen auf die Tatsache, daß der Angeklagte nach seinen eigenen Angaben die Schießerei in und um Eisleben mitangehört hat. Er beantragt gegen Heise die unverständlich scharfe Strafe von 2 Jahren Zuchthaus. Das Gericht kann sich von den Gedankengängen des Staatsanwaltes nicht losmachen und verurteilt den Angeklagten zu **1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus.**

Der erst zwanzigjährige Angeklagte Ludwig Knoth aus Körbisdorf war auf seiner Arbeitsstätte in die Streikleitung gewählt worden. An einem der Osterfeiertage verhaftete man den Grubenwachtmeister Wendt, als er bei einer Besichtigung des Werkes begriffen war. Er wurde eskortiert und zur Streikleitung geführt. Dort entwaffneten ihn die Aufständischen. Ein Rotgardist ging sogar so weit, ihm die Pistole vor die Brust zu setzen. Bei diesem Vorgang war auch der Angeklagte zugegen. Er machte keinerlei Anstalten, dem gequälten Grubenwachtmeister beizuspringen und die Kommunisten von ihrem Treiben abzuhalten. Allerdings war er unbewaffnet; das legte ihm gezwungenermaßen Zurückhaltung auf. Knoth ging auch nach der Kantine, wo ein Radauheld, der sich Hölz II. nannte, in vollkommen betrunkenem Zustande einige Kugeln in die Wand jagte. Wenig erquicklich wirkte es, daß Landgerichtsdirektor Krüger gerade den Herrn Wendt, der doch als Belastungszeuge auftrat, nach dem Leumund des Angeklagten befragte und bei der Bildung des Gesamturteils auf dessen diesbezügliche Aussage größtes Gewicht legte. Daß dieser Zeuge, der in dem Angeklagten seinen geschworenen Feind erblickte, an Knoth kein gutes Haar ließ, liegt auf der Hand. Um so unverständlicher (d. h. vom sozialistischen Standpunkte aus), daß das Sondergericht dieses Zeugnis maßgebend vermerkt. Der Staatsanwalt sieht in dem Verhalten des Angeklagten ein Verbrechen gegen die Paragraphen des Hochverrats, Landfriedensbruchs, Aufruhrs und Anschlusses an einen bewaffneten Haufen und beantragt unter Zubilligung mildernder Umstände eine Gesamtstrafe von 1½ Jahren Gefängnis. Das Gericht folgt den Darlegungen des Anklagevertreters und verurteilt Knoth demgemäß zu **1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.**

*

Dieser Verhandlungstag stellt wieder einmal ein negatives Ruhmesblatt der Sondergerichte dar.

Gleiche Leistung — gleicher Lohn!

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben: „Wir müssen billiger produzieren, um wieder konkurrenzfähig zu werden auf dem Weltmarkt" — das ist eines der modernen Schlagworte des Kapitals. Die bürgerliche Presse wiederholt es täglich und so wird es zum Evangelium, denn was man täglich widerspruchslos hört, wird bald von jedermann geglaubt. Und doch läßt sich leicht nachweisen, daß der Anteil, die die Arbeitslöhne am Preise eines Gegenstandes ausmachen, gegen die Vorkriegszeit erheblich gesunken ist. Heute machen die Materialpreise, die Unternehmer- — und nicht zu vergessen — alle Handelsgewinne einen viel größeren Prozentsatz des Produktes aus als früher.

Nun ist man im letzten Jahre auf einen neuen Trick verfallen, um neue Vorteile für den Unternehmer herauszuwirtschaften. Man hat erkannt, daß der Ledige mit seinem Lohn ein auskömmlicheres Dasein hat als der Verheiratete, daß er sich sogar noch manche Extravaganz leisten kann. Und nun spielt man den braven Mann der Gerechtigkeit und den Volkswirt, indem man der Umwelt begreiflich macht, daß es nur recht und billig sei, dem Ledigen den Lohn zu kürzen und dies dem Verheirateten zuzulegen. Bei den Tarifabschlüssen der letzten Zeit hat dieser Gedanke eine große Rolle gespielt und in zahllosen Schlichtungsforschen ist er in die Praxis umgesetzt, zum Nutzen des Kapitals, zum Schaden der Arbeiter.

Im Ernste glauben die Verfechter dieser Idee selbst nicht an diese Art des Lohnausgleichs, denn zunächst einmal zahlt man den Verheirateten keinen Deut mehr, wenn man bei den Ledigen gespart hat, sondern sie erhalten nur immer gerade soviel, als sie auf Grund ihrer Moralpotenz den Unternehmern abzutreten imstande sind. Und dann ist es doch eine einfache Tatsache, daß die Fertigpreise irgendeines Artikels stets nur berechnet werden auf Grund der Löhne der verheirateten Arbeiter in der obersten Lohnklasse. Alle Ersparnisse an Arbeitslohn durch billigere Kräfte oder Lehrlinge bucht der Unternehmer schmunzelnd auf sein Gewinnkonto. Und das ist der Grund des Propagandafeldzuges für diese Idee: immer größere Nutzbarmachung des persönlichen Vorteils!

Daß dieser angebliche Akt der Gerechtigkeit ein großes Unrecht ist, erhellt schon daraus, daß gar viele Ledige die Stützen älterender Verwandter sind oder oft auch ein Einnahmeposten, auf den die armen gewlagten Eltern schon jahrelang gerechnet haben. Dann aber ist zu beachten, daß die wenigen Jahre des Ledigseins für den Arbeiter das einzige Mittel sind, sich ein kleines Kapital zu ersparen, das ihn in die Lage setzt, die Erwählte seines Herzens heimzuführen und sich ein eigenes Heim zu gründen. Will man ihm auch dies noch mißgönnen?! Dem Kapitalismus kann man auch das zutrauen!!!

Und wenn dann wirklich einige Ledige ihr „hohes" Einkommen dazu benutzen, um sich ein paar frohe Jugendjahre zu bereiten, was verschlägt das? Sind sie doch der einzige Lichtblick im Leben des Arbeiters, wovon er bis zu seinem Tode zehrt. Und ist es etwa damit in den oberen Klassen anders bestellt? Unsere gestrengen Herren Staatsanwälte, die Verwaltungsbeamten bis zu den Herrn Ministern kennen diesen Drang zum Schauessen zu den Herren Ministern kennen diesen Drang zum Schauessen an ihre Justiz Studentenzeit zurückzudenken.

Für den Arbeiter aber hat dies noch einen anderen üblen Beigeschmack. Zunächst ist es unserem Streben nach Gleichheit starkes Zuwider, dann aber spaltet es uns in zwei Lager. Denn schließlich werden die Ledigen mit Recht sagen: warum sollen wir für höhere Löhne eintreten, die uns selbst nicht zuzute kommen?! Und schließlich wird sich diese ungleiche Entlohnung dahin auswirken, daß vor allem erst Ledige neueingestellt und zuerst entlassen werden, weil sie eben billiger sind.

Für den Staatsbetrieb mag ja diese Art der Entlohnung etwas für sich haben. Beim Privatunternehmer aber müssen wir sie entschieden ablehnen, weil sie nur einseitig dem Unternehmer sie erleichtern schaffen, den Arbeiter hingegen in jeder Hinsicht benachteiligt. Die privaten Verhältnisse des Arbeiters gehen den Unternehmer gar nichts an. Als einzige Norm darf ihm gegenüber nur das gelten, was auf dem Weltmarkt auch von seiner Ware gilt: wie die Arbeit, so der Lohn! A. S.

Dr. Stern, der ehemalige „Klassenkampf"-Redakteur ist wieder auf dem Plan erschienen. Aus Stuttgart kommt folgende Meldung: Gestern verhaftete man hier unter falschem Namen den aus Halle ausgewiesenen österreichischen Kommunisten Dr. Stern, der die Redaktion des Stuttgarter Kommunistenblattes übernehmen sollte. Die Kommunisten beraumten große Protestversammlungen an.

Statistik der ansteckenden Krankheiten. Wie sich aus der vom Preußischen Wohlfahrtsministerium regelmäßig veröffentlichten Statistik ergibt, sind im preußischen Staate in der Woche vom 22. bis 28 Mai 1921 amtlich gemeldete Fälle von übertragbaren Krankheiten in folgender Höhe nachgewiesen worden: Diphtherie: 582 Erkrankte, 24 Todesfälle, Genickstarre: 13 Erkrankte, 8 Todesfälle, Kindbettfieber: 82 Erkrankte, 20 Todesfälle, Körnerkrankheit: 44 Erkrankte, Lungen- und Kehlkopftuberkulose: 712 Todesfälle, Ruhr: 53 Erkrankte, 7 Todesfälle, Scharlach: 341 Erkrankte, 7 Todesfälle, und Unterleibstyphus: 119 Erkrankte und 16 Todesfälle.

Die Armenfürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Sehr unglücklich war bisher die Frage, ob und in welchen Fällen Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene auch Anspruch an die Armenversorgung haben. Die Hauptstelle für Kriegsfürsorge in der Provinz Sachsen (Sitz Merseburg) hat jetzt in einem Rundschreiben die Angelegenheit geregelt. Anlaß gab die Forderung des Armenverbandes Halle a. S., ihm die Aufwendungen für einen Kriegsbeschädigten zurückzuerstatten. Alle in Betracht kommenden Stellen, zuletzt der Reichsarbeitsminister, haben das Verlangen abgelehnt. Ein Rechtsanspruch auf die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge (also abgesehen von den Renten, der Heilbehandlung und der Berufsbildung) besteht nicht. In Fällen der Hilfsbedürftigkeit von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sollen sich die Armenverbände vor Einleitung von Unterstützungsmaßnahmen nach Leistung der unerläßlichen Nothilfe so rasch als möglich mit den zuständigen Fürsorgestellen in Verbindung setzen, um deren Entscheidung über das Eingreifen der sozialen Kriegsfürsorge herbeizuführen. Im Zusammenhang damit hat die Hauptfürsorgestelle der Provinz in Merseburg auch das Verlangen der Armendirektion in Halle abgelehnt, die örtlichen Stellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge anzuweisen, in allen Fällen unverschuldeter Not Dienstbeschädigter und ihrer Familien mit Mitteln der sozialen Fürsorge einzutreten. Nach den für die Ausübung der sozialen Fürsorge maßgebenden Zuständigkeitsgrundsätzen habe die soziale Fürsorge Kriegsbeschädigter ihre Hilfe nur dann zu gewähren, wenn sie sich infolge ihrer Dienstbeschädigung in Not befinden. Engherzig bei der Prüfung des Zusammenhangs zwischen Dienstbeschädigung und Notlage vorzugehen, würde allerdings nicht dem Geiste der sozialen Fürsorge entsprechen. Die Fürsorge werde vielmehr auch dann eintreten können, wenn zwar ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Notlage und Dienstbeschädigung nicht besteht, aber nach den zugegebenen Verhältnissen anzunehmen ist, daß die Beteiligten ohne den Eintritt der Dienstbeschädigung voraussichtlich in der Lage gewesen wären, sich selbst über die Notlage hinwegzuhelfen. Lehnt die Kriegsfürsorge eine solche Hilfe ab, hat die Armenversorgung endgültig einzutreten ohne Anspruch auf Ersatz ihrer Aufwendungen.

Der Fremdenverkehr in Halle während des Monats Juni belief sich auf 9202 Personen gegenüber 14 024 Personen im gleichen Monat des Vorjahres. Er zeigt also einen weiteren Rückgang.

Die amtliche Fürsorgestelle der Stadt Halle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene schreibt uns: Am 30. und 31. Juli d. J. findet in Magdeburg in den Räumen der Wilhelma, Lübecker Straße 129, die Mitteldeutsche Kunstgliederausstellung, veranstaltet von der Ortsgruppe Magdeburg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen statt. Die Hauptfürsorgestelle hat zu den Kosten der Ausstellung einen Betrag zugesteuert. Es ist außerordentlich wertvoll, daß der Versuch gemacht wird, die sehr wichtigen Neuerungen auf dem Gebiete des Kunstgliederbaues den beteiligten Kreisen vor Augen zu führen, denn erst in den letzten Monaten sind auf diesem Gebiete große Fortschritte gemacht worden, die in sehr erheblichem Maße gesteigert sind, den Amputierten ihre Lage zu erleichtern. — Die Ausstellung ist am 30. von 11 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends, am 31. von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends geöffnet. — Mit der Ausstellung ist eine kostenlose ärztliche Beratung verbunden. Besucher der Ausstellung, soweit sie ärztliche Beratung in Anspruch nehmen wollen, werden auf Zugeständnis der Eisenbahndirektion zum halben Fahrpreis der 3. Wagenklasse in dieser Klasse befördert, falls ein entsprechender Ausweis der Fürsorgestelle vorgelegt wird.

Balkonwettbewerb. Das vom Verkehrsverein für den diesjährigen Balkonwettbewerb ernannte Preisgericht hat in seiner Sitzung bei Durchsicht der Listen festgestellt, daß manche schöngeschmückte Balkons und Blumenfenster bisher nicht zur Anmeldung gekommen sind, obwohl bereits recht zahlreiche Anmeldungen vorliegen. Bis zum 25. Juli können noch Anmeldungen in der Geschäftsstelle des Verkehrsvereins, Brüderstraße 4 bei Rudolf Moise, entgegengenommen werden.

Ein guter Fang ist der Kriminalpolizei mit der Festnahme zweier Einbrecher aus Ammendorf gelungen. In der Nacht zum 10. Juli war bei einem Rohproduktenhändler ein Einbruchsdiebstahl verübt worden, bei dem den Tätern u. a. 1 Motorrad und 2 Fahrräder in die Hände gefallen waren. Durch eifrige Nachforschungen gelang es zunächst, das Motorrad ausfindig zu machen und in dem Augenblicke zu beschlagnahmen, als es von einer Mittelsperson an den Mann gebracht werden sollte. Hierdurch wurden auch die Täter ermittelt und unter Mitwirkung der Ammendorfer Polizei in ihren Wohnungen festgenommen. Vorgenommene Durchsuchungen förderten außer den beiden Fahrrädern noch alle Trefferteilen im Werte von 12 000 Mark zutage, die aus einem früheren Einbruch in der Artilleriestraße herrührten. Auf Grund weiteren gefundenen Beweismaterials sind die Täter geständig, auch noch zwei weitere Einbrüche in der Artilleriestraße und am Canenaer Weg verübt zu haben.

Vorsicht beim Füttern wilder Tiere im Zoo. Eine Dame, die zur Kur in Wittekind weilt, reichte dem kleinen Bären, der im Zwinger am Berge untergebracht ist, ein Stück Zucker durch das Gitter. Dabei biß der Bär der Dame das Nagelglied eines Fingers glatt weg. Es ergab sich, daß das sonst harmlose Tier durch irgendeinen Umstand in Wut geraten war.

Reisende gewerbsmäßige Stoffdiebe. Am 15. Juli sind hier der 21jährige Schreiber Emil Bertram in Gemeinschaft mit der gleichaltrigen und. Näherin Margarete Nierlich aus Berlin in folgender Weise aufgetreten: Sie behuchten bessere Schneidergeschäfte. Unter dem Vorgehen, Bertram beabsichtige sich einen Paletot anfertigen zu lassen, beschäftigte er den Geschäftsangestellten. Währenddem stahl seine Begleiterin aus drei Geschäften für insgesamt 4300 Mk. Stoff, den sie unter ihrem weiten Mantel verbarg. Die Täter wurden festgenommen und der Stoff sichergestellt. Etwaige weitere Geschädigte wollen sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 38, melden.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr, wird Gortis „Nachtasyl" zum ersten Male wiederholt. Mittwoch geht die Operette „Der Vogelhändler" von Karl Zeller in Szene. Donnerstag „Wilhelm Tell" Freitag „Der Freischütz", Sonnabend „Der Rosenkavalier", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Othello", Sonntag abend „Der Vogelhändler".

Saalschloßbrauerei. Heute abend 8 Uhr großes Konzert. Gegen 10 Uhr großes Prachtfeuerwerk und humoristische Schaustücke, ausgeführt von Gebr. Pfeiffer, Cröllwitz.

C.-T.-Lichtspiele: Der Schwur des Peter Hergas.

Ein Schauspiel von elementarer Naturgewalt und glänzender Zeichnung lebensvoller Charaktere. Der tragische Ausgang eine zwingende Notwendigkeit. Prachtvolle Landschaften im wirkungsvollen Kontrast zu der düsteren Handlung. Der Peter Hergas ist ein echtes Naturtriebkind: Robust, Schürzenjäger, Struwelles. Doch als ihn eine Frau gefesselt hat, die nur durch Hergas' Betrug von einem anderen losgerissen wurde und sich diesem aus qualvoller Ehe zuwendet, scheut er nicht einmal vor dem Meineid zurück, um sie nicht von seiner Seite zu lassen. —

Peter Hergas war eine Figur, die unserem größten Filmcharakterdarsteller Emil Jannings Gelegenheit gab, alle Register seiner bis ins Kleinste dem Leben abgeguckten Schauspielkunst zu ziehen. An Jannings lebt jede Fiber, alles verschmilzt zu einem einheitlichen Ganzen. Der „Nebenbuhler" Theodor Leubeur kand in Ernst Stahl-Nachbaur prachtvolle Verkörperung. Dazu die reizende Stella Horch und Mladela Chapelle als die beiden Frauen, die Peter Hergas ins Verderben bringen und sich schließlich beide durch Nacht zum Licht hindurchringen müssen. Das Ganze ein prachtvolles Filmwerk, das der Regie Alfred Halms alle Ehre macht. —

Das Schauspiel „Der Rebell" ist ein rührselig zusammengebackener Zitronenkuchen mit einer geradezu unmöglichen Handlung. H—r.

Soziales.

Zur Familienversicherung.

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat an den badischen Landtag und an den Reichstag Bittschriften gerichtet, in denen die Einführung der obligatorischen Familienversicherung für ganz Deutschland mit Zuschüssen von Reich, Staat und Gemeinden gefordert wird. Es wurde ferner betont, daß, wenn die Einführung der Familienversicherung für ganz Deutschland in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist, die einzelnen Gliedstaaten die bisher fehlende Befugnis, in ihrem Bereiche eine entsprechende Maßnahme zu treffen, erhalten sollen. Daß diese Familienversicherung dem proletarischen Bedürfnis entspricht, leuchtet ein. Es kommt auch noch ganz besonders zum Ausdruck in dem Ergebnis, daß eine Erhebung des Badischen Arbeitsministeriums gezeitigt hat. Die Erhebung ergab, daß sowohl die Mitglieder als die Kassenvorstände in weit überwiegender Zahl die Einführung der Familienhilfe für wünschenswert halten. Besonders bezeichnet die großen Krankenkassen die Einführung der Familienhilfe als notwendig. Bisher ist die Familienhilfe in Baden nur bei rund 20 Prozent der Krankenkassen ausgebaut. Das zeigt, wie weit wir in Deutschland noch von der Familienversicherung entfernt sind. Wie notwendig aber diese Familienversicherung ist, wird von Dr. A. Fischer jetzt in der Münchener med. Wochenschrift besonders betont. In einem Kulturstaate wie Baden ist, so heißt es, die Hälfte der Kinder, die gestorben sind, ohne ärztliche Hilfe geblieben. Auch sind die bedeutungsvollen Untersuchungen der Schulärzte hinfällig ohne ärztliche Behandlung und auch im Kampfe gegen die Tuberkulose ist die ärztliche Hilfe nötig. Was da die Familienversicherung zu leisten vermag, wird auch von Fischer erwähnt, indem er darauf hinweist, daß in denjenigen badischen Bezirken, in denen die Familienversicherung gut ausgebaut ist, die Inanspruchnahme der ärztlichen Tätigkeit in schweren Krankheitsfällen weit häufiger erfolgte als in den Bezirken, in denen die Familienhilfe noch mangelhaft ausgebaut ist.

Aus aller Welt.

Gemäldediebstahl. Aus der Bibliothek des deutschen Opernhauses in Charlottenburg ist ein holländisches Gemälde im Werte von 35 000 Mk. gestohlen worden. Das Bild ist von van Thelen und stellt eine Holländerin am Spinnrad dar.

Gekentertes Boot. Wie die Blätter aus Swinemünde melden, kenterte gestern, am vorletzten Tage der Swinemünde-Woche auf der Segelwettfahrt zwischen Heringsdorf und Swinemünde, bei dem hochgehenden Seegang, ein Segelboot. Von den vier Insassen ertranken der Ingenieur Büttner und die Brüder Härtel, sämtlich aus Swinemünde.

Ein ganzes Dorf eingeäschert. Die „Allensteiner Zeitung" meldet: Das Dorf Grimmendorf, Kreis Neidenburg, ist fast völlig einem Brande zum Opfer gefallen. 70 meist strohgedeckte Gebäude wurden eingeäschert. Viel Kleinvieh ist umgekommen.

Eisenbahnunglück. In Taubenheim an der Spree entgleisten gestern morgen 8 Uhr bei der Einfahrt des Zuges 824 drei Wagen vierter Klasse infolge falscher Weichenstellung. Ein Wagen stürzte um und in diesen sperrte die beiden Hauptgeleise. Etwa 20 Personen wurden verletzt, davon zwei erheblich. Die meisten reisten nach Anlegung von Notverbänden weiter. Ein Wagen wurde zertrümmert. Der Verkehr wurde auf dem Nebengeleise aufrechterhalten.

Eine Hinrichtung. Gestern früh 5¼ Uhr wurde in Mainz der marokkanische Soldat durch Maschinengewehr hingerichtet, der Ende Mai vom Kriegsgericht beim Hauptquartier der Rheinarmee wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst am Main zum Tode verurteilt wurde. Der Delinquent rauchte bei der Hinrichtung kaltblütig seine Zigarette. Regimentsabordnungen, Pressevertreter, der Wiesbadener Oberstaatsanwalt und Vertreter der Stadt Höchst wohnten der Hinrichtung bei.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Willi Lanzke, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210719-10/fragment/page=0006

Für die arbeitende Jugend

Jugendbeilage der „Volksstimme"

Nr. 14

Träger der Zukunft.

Zum Bielefelder Jugendtag.
Von Dr. Werner Peiser.

Kann man von Bielefeld sprechen, ohne Weimars zu gedenken? Darf man von Zukunftsdingen reden, ohne sich der Vergangenheit zu erinnern? Soll man den Aufbau, der auf den Fundamenten der Vergangenheit errichtet ist, näher umreißen, ohne von dieser Vergangenheit selbst dankbar zu sprechen?

Der Weimarer Jugendtag war unvergeßlich. Unvergeßlich für die, die ihm beiwohnten und ihm Kraft und Geschlossenheit verliehen, unvergeßlich für die, die nur begeisterte Berichte der Frohgestimmten lesen durften. Weimar war ein Anfang, Bielefeld soll eine Etappe sein. Wer nennt uns den Namen des Zieles? Weimar war ein Aufschwung, ein Programm und ein Ideal, Bielefeld wird weiter schaffende Tat sein, frohes Erinnern an Erreichtes, hoffendes Streben nach Kommendem, und einst — das wissen wir mit absoluter Zuversicht — kommt jener Tag, der nicht mehr hoffen heißt und nicht mehr Erwarten, sondern der mit leuchtenden Lettern die Inschrift „Erfüllung" trägt.

In Bielefeld wird die deutsche sozialdemokratische Arbeiterjugend am 30. und 31. Juli zu einer bedeutungsvollen Tagung zusammentreten, und zum ersten Male werden die Genossen der Internationale ihnen die Hand reichen. Brucht hier gesagt zu werden, was uns mit der Internationale verbindet? Soll in dieser Stunde darauf hingewiesen werden, daß die Internationale die trennende Kluft, die sich jäh in den Augusttagen des Unheilsjahres 1914 auftat, nicht zu überbrücken vermochte? Hier wollen wir gern Vergangenes vergangen sein lassen und uns einer Zukunft zuwenden, die Fehler vermeiden und neuen Geist aus neuem Willen schaffen wird.

Ueber die Beziehungen des nationalen und internationalen Gedankens zueinander ist viel gesagt worden. Die Wissenschaft hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Soziologen, Völkerrechtler, Philosophen haben sie zu lösen versucht, und die Sozialdemokratische Partei hat zur Stellungnahme ihnen gegenüber einen Standpunkt eingenommen, der sich etwa in die Formel einschließen läßt: durch den nationalen zum internationalen Gedanken. Wie aber steht die Jugend hierzu? Wenn sie auch in ein paar Jahren Mitstreiter der Sozialdemokratie sein wird, so hat sie doch von allen Dingen ihre eigene Auffassung, sieht die Welt aus einem anderen Gesichtswinkel an, erblickt andere Probleme und löst sie anders — weil sie Jugend ist. Was bedeuten für sie die Fragen der Nationalität und der Internationalität? Vielleicht kann man es so fassen: der nationale Gedanke ist für die Jugend eine Notwendigkeit, der internationale aber eine frohe, tiefinnere Ueberzeugung. Wie der einzelne Mensch vor seiner Geburt im embryonalen Zustande sämtliche Phasen seiner Gattung durchmacht, so machen wir jüngeren Sozialisten in ähnlicher Weise noch einmal den ganzen Entwicklungsprozeß der Arbeiterbewegung mit. Als die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen war, hatte sie mit Einflüssen zu kämpfen, die man damals anarcho-syndikalistisch nannte und gegen die Marx die ganze Schärfe seiner Polemik verwandte; so erleben wir heute den Kampf mit den östlichen Irrlehren, die fast mit den gleichen Methoden der Arbeiterbewegung in ein falsches Gleis zu lenken trachten. Wie die Arbeiterbewegung in Lassalleaner und Eisenacher gespalten war, bis der Einigungskongreß von Gotha im Jahre 1875 die feindlichen Brüder zusammenführte, so ist heute das Proletariat in Mehrheitssozialisten und Unabhängige gespalten, bis auch hier die Einigung kommen wird, von der die Tatsache gewiß, das Datum unbekannt ist.

In der jungen heranwachsenden Arbeiterschaft lebt eine Ueberzeugung, die sie wieder und wieder mit glühender Begeisterung kundgibt und die all ihren Manifesten den unverkennbaren Stempel aufdrückt: Träger der Zukunft zu sein. Die jungen Arbeiter haben aus der Geschichte ihrer Väter gelernt, sie kennen den Wirtschaftsprozeß zur Genüge, um zu wissen, daß auf ihren Schultern der ganze Weltbau ruht. Das stolze Wort Ferdinand Lassalles: „Ihr seid der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart errichtet wird" ist ihnen nicht unbekannt. Doch da drängt sich die Erinnerung an eine andere Jugendbewegung auf, die gleichfalls behauptet, künftige Führer des deutschen Volkes aus ihren Reihen zu stellen: die deutschnationale Studentenschaft nämlich. In allen Kundgebungen hört man es, in allen Versammlungen wird es verkündet: wir sind die Führer der Nation, weil wir — ihre Besten sind! Doch welch ein Unterschied zwischen beiden Volksschichten, in denen sich zwei Weltanschauungen verkörpern: dort, in den Reihen der Arbeiterjugend die stille, bescheidene Zuversicht, erwachsen aus dem Bewußtsein der Kraft und Stärke, genährt durch Erfolge, siegessicher gemacht durch die Kenntnis der Geschichte, durch die großen Prinzipien der Notwendigkeit und der Entwicklung, die auf ihrer Seite sind. Hier, in der deutschnationalen Jugend, ein lautes phrasenhaftes Gebaren, erwachsen aus Standesdünkel und Klassenhochmut, gestützt durch Kastengeist, hoffend auf die Macht der Phrase und des Bajonetts, die längst doch ihre Geltung in der Welt verloren haben. Dort das Bewußtsein, Mehrheit des Volkes zu sein und Verkörperung seiner Kraft, hier vage Hoffnung auf eine Diktatur der Minderheit, auf die Herrschaft des Geldsacks, auf die Dummheit der Verführten. Dort leuchtende Blicke, Freude und Frohsinn, hier finstere Verschlossenheit, bewußte Isolierung und Feindschaft gegen das Volksganze. Bedarf es da noch langer Ueberlegungen, wem die Zukunft gehört? Sind formale Bildung und größeres Wissen wirklich diejenigen Faktoren, die die Zukunft aufbauen helfen, oder sind es vielmehr jene wahre Bildung, die aus dem Herzen kommt, die glühende Ueberzeugung von dem Zusammenschluß der arbeitenden Klassen aller Völker unter dem Banner der internationalen Idee.

Bielefeld wird die Fortsetzung von Weimar sein. Wir werden Worte hören, die von hohen Idealen getragen sind und frei von jedem Materialismus, den die Gegner uns so gern unterschieben. Wir lieben die Jugend, weil sie die Zukunft ist. Wir bedürfen ihrer, weil sie unser Nachfolger sein soll. Wir schließen uns ihr an, weil sie uns neue Kräfte spendet und uns durchdringt von dem heiligen Gedanken an den menschheitsbefreienden Sozialismus.

Der junge Arbeiter.

Früh klingt mein Schritt
In vielen andern,
Die alle mit
Zum Werksaal wandern.

Ein Stern strahlt noch,
In sich verloren,
Zu keinem Joch
Wie ich erkoren.

Der Stern versprüht,
Der Morgen dämmert,
Die Arbeit müht
Sich ab und hämmert.

So Schlag um Schlag
Die Zeit verschmiedet;
Wann kommt der Tag,
Den Licht umfriedet?

Eiserne Faust;
Blitz im Gehirne!
Weltsturm saust.
Ah! Neue Gestirne . . .

Max Barthel.

Zum Reichsjugendtag in Bielefeld.

Die Aussprache auf unserer Bezirkskonferenz über den Reichsjugendtag hat leider gezeigt, daß es unmöglich ist, die Teilnehmer aus den Vereinen des Bezirks gemeinsam von Halle ab die Fahrt nach Bielefeld antreten zu lassen. Die Hauptursache ist mit darin zu suchen, daß die Teilnehmer, welche bereits Donnerstag von ihrem Heimatort wegfahren müssen, um zur gegebenen Zeit in Halle zu sein, nicht schon von Donnerstag ab von der Arbeit fern bleiben können. Der Urlaub ist oft kärglich bemessen. Es gilt deshalb mit jedem einzelnen Tag zu rechnen und jede freie Stunde auszunützen.

Die Hallenser werden, wie schon bekannt gemacht, vom Hauptbahnhof Halle, Freitag morgens 4 Uhr (also am 29. Juli) abfahren. Alle diejenigen, welche sich hier anschließen wollen, müssen ihre Adresse bis spätestens den 25. Juli 1921 dem Jugendsekretariat mitteilen, damit für die entsprechende Teilnehmerzahl die Fahrpreisermäßigung bei der Eisenbahndirektion beantragt werden kann. Wie bekannt ist, gilt die Fahrpreisermäßigung nur für eine Teilnehmerzahl von mindestens 10 Personen. Es müssen sich deshalb die Teilnehmer aus den Vereinen, die sich Halle nicht mit anschließen, miteinander in Verbindung setzen, um so von einem bestimmten Ort ab die Ermäßigung zu erlangen. Das kann am besten durch die Unterbezirke geschehen. Leider gilt die Fahrpreisermäßigung nur für Fahrten bis zu drei Tagen. Da für unseren Bezirk mehr Zeit in Frage kommt, können wir die Ermäßigung nur für die Hinfahrt beantragen. Die Rückfahrt müssen wir dann eventuell ganz auf uns nehmen. Natürlich werden wir versuchen, von Bielefeld ab Ermäßigung zu erlangen. Es ist deshalb wünschenswert, wenn sich die Vereine für die Rückfahrt mit Ausweisen zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung versehen. Diese müssen von dem zuständigen Ortsausschuß für Jugendpflege beglaubigt sein.

Vor allen Dingen ist von den Vereinsleitungen darauf Wert zu legen, daß die Anmeldungen über die Zahl der Teilnehmer bis zum 5 Juli beim Hauptvorstand eingereicht sind. Auch das Geld für die Teilnehmerkarten ist zugleich mit der Anmeldung auf das Postscheckkonto Aug. Albrecht, Berlin N. 207, Nr. 77366, einzuzahlen. Das ist besonders wichtig für die Quartiervermittlung. Wer sich nicht anmeldet, kann auf Unterbringung nicht rechnen.

Parteigenossen und -genossinnen, die an dem Reichsjugendtag mit teilnehmen wollen, wenden sich zwecks Anmeldung am besten an den Arbeiterjugendverein ihres Ortes, oder wo ein solcher nicht besteht, direkt an unser Jugendsekretariat in Halle. Von hier aus wird dann alles Weitere veranlaßt.

Die Höhe der Unkosten beträgt für einen Jugendlichen mindestens 80 Mk. Wer das Geld noch nicht zusammen hat, der spare in den letzten Wochen noch recht fleißig. Wollen die Unkosten aber absolut nicht zusammenkommen, dann wendet Euch nur vertrauensvoll an Eure Eltern, denn welche Eltern werden so grausam sein und ihre Kinder um eine so schöne Lebenserinnerung bringen?

Noch einmal trefft alle Vorbereitungen rechtzeitig, werbt und agitiert bis zur letzten Minute. Je mehr kommen, um so schöner wird es.

Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen.

Am 18. März fand in den Räumen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin eine Besprechung zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Sozialistischen Proletarierjugend und des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands statt, in der über die Möglichkeit eines Zusammengehens der proletarischen Jugendorganisationen in wirtschaftlichen Angelegenheiten beraten wurde. Die Organisationsvertreter erklärten sich nach kurzer Aussprache grundsätzlich zur Beteiligung bereit. Die einstweilige Leitung und Geschäftsführung wurde dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund übertragen. Die Zahl der Vertreter zu den Zusammenkünften wurde auf fünf für die Gewerkschaften und auf je drei für die sozialistischen Jugendvereine festgesetzt. Als Name wurde gewählt: Reichsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen. Bei besonderen Gelegenheiten soll der Reichsausschuß erwägen, ob auch Vertreter der Sportorganisationen herangezogen werden sollen. Alle Beschlüsse des Ausschusses sollen unverbindlich sein und sind durch die einzelnen Organisationen nachzuprüfen und durchzuführen. Die Sitzungen des Ausschusses sind nach Bedarf einzuberufen. Mit den Kommunisten werden Verhandlungen über ihren Beitritt stattfinden.

Die Möglichkeiten einer örtlichen Zusammenarbeit wurden lebhaft erörtert, jedoch muß es den örtlichen Organisationsleitungen überlassen bleiben, die Zusammenarbeit nach dem Beispiel der zentralen Stellen durchzuführen. Dasselbe gilt für die Arbeitsteilung zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen diese Fragen nochmals geprüft werden.

Als erste gemeinsame Arbeit wurde beschlossen, daß die angeschlossenen Organisationen Aktionen gegen die geplante Verlängerung der Arbeitszeit durchführen sollen. Bezüglich der Neuregelung des Lehrlingswesens wurde man sich dahin einig, zunächst einmal über den Stand der Dinge im Arbeitsministerium Erkundigungen einzuziehen und dann über weitere Maßnahmen zu beraten. Die Bildung des Reichsausschusses ist der erste Schritt zum gemeinsamen Vorgehen der proletarischen Jugendorganisationen.

•

In Halle ist ein Jugendkartell aller proletarischen Jugendorganisationen gebildet worden, das sich die oben angeführten Richtlinien ebenfalls zur gemeinsamen Grundlage gegeben hat. Das Kartell lehnt sich an die Gewerkschaften an und hat im übrigen eine paritätische Zusammensetzung. Stimmberechtigt sind je zwei Vertreter der Arbeiterjugend, der Sozialistischen Proletarierjugend, der Kommunistischen Jugend und der einzelnen gewerkschaftlichen Jugendsektionen.

Bezirkskonferenz der „Arbeiter-Jugend" des Bezirks Halle

Am Sonntag, den 27. Juni 1921, fand in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus" die Bezirkskonferenz unserer Arbeiter-Jugend statt. Genosse Willy Herzig eröffnete um 10 Uhr die Konferenz mit einer kurzen Begrüßung.

Die Tagesordnung war folgende: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Agitation und Organisation, Ref. Gen. Paul Wort, 3. Stellungnahme zum Reichsjugendtag, 4. Wahl des Delegierten zur Reichskonferenz, 5. Wahl des Bezirksvorstandes, 6. Anträge, 7. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 erstattete der Gen. Herzig Bericht vom verflossenen Geschäftsjahr. Die angeführten Zahlen bewiesen, daß es in unserem Bezirk rastlos vorwärtsgeht. Selbst in en bisher für uns zugänglichsten Orten ist es uns nach langen Bemühungen gelungen, neue Ortsvereine ins Leben zu rufen. Ebenfalls ist die Zahl unserer Mitglieder stetig im Wachsen. Wir hoffen, daß wir im neuen Geschäftsjahr weitere Neugründungen buchen können. Der Kassenbericht des Gen. Naumann wurde ohne Aussprache entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 referierte der Gen. Paul Wort ausführlich über Organisation und Agitation. Sein Vortrag brachte uns eine Fülle neuer Anregungen. An der folgenden Diskussion beteiligten sich fast alle Vertreter der einzelnen Ortsvereine und Unterbezirke.

Zu unserer Stellungnahme zum Reichsjugendtag machte Gen Herzig einige Ausführungen und gab die einzelnen Veranstaltungen bekannt. Als Delegierter wurde Gen. Herzig zur Reichskonferenz vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Zur Wahl des Bezirksvorstandes wurde nach eingehender Aussprache der Bezirksvorstand wie folgt gewählt:

1. Vorsitzender Willy Herzig, 2. Vorsitzender Paul Wort 1. Kassierer Walter Naumann, 1. Schriftführer Fritz Drescher, für Mädchenfragen Alice Bauer, als Beisitzer Oelschläger und Abendroth.

Eine längere Debatte riefen die einzelnen Anträge hervor. Der Antrag Merseburgs betreffs Finanzierung der Unterbezirke wurde nach längerer Aussprache dahingehend geregelt, daß der Bezirk nach Möglichkeit Zuschüsse leisten soll. Der Antrag Halle wegen Erhöhung der Beiträge wurde in der vorgeschlagenen Staffelung beschlossen, jedoch dem Ermessen der einzelnen Ortsvereine überlassen. Dem Antrag der Ortsgruppe Königerode betreffs Anschluß an den Magdeburger Bezirk wurde zugestimmt.

Im Punkt Verschiedenes sprach noch Gen. Zoll, Halle über unsere Stellung zur Frage der Jugendkartelle. Es knüpfte sich auch hieran noch eine kurze Debatte.

Besonders hervorzuheben ist noch die Wahl eines Jugendsekretärs, sie fiel einstimmig auf den Gen. Wort-Halle. Dann war die Tagesordnung erschöpft.

Mit dem Kampflied der Jugend:

„Dem Morgenrot entgegen" fand die Tagung einen würdigen Abschluß.

Dr. jur.

An die Jungsozialisten des Bezirks.

Genossinnen und Genossen!

Tage nur noch trennen uns von unserer Bielefelder Konferenz und dem Reichsjugendtag, die uns zu ernster Arbeit und froher Feier vereinen sollen. — Zur Vorbereitung auf jene Tagung, zur Vertiefung und zur Agitation hat der Zentralbildungs-Ausschuß eine Festschrift „Jungsozialismus" herausgegeben, die uns zugegangen ist! — — Diese äußerst lesenswerte, reich ausgestattete Schrift behandelt die Fragen: Des jungsozialistischen Wollens, unserer Stellung zur Jugend, zur Partei und zu den Gewerkschaften und ähnliche Fragen. Der Preis dieser für jeden Jugendgenossen wichtigen Schrift beträgt 2 Mark. — Zu beziehen ist jene Schrift zu angegebenem Vorzugspreis von unserem Schriftführer Genosse Guilland, Halle, Hardenbergstraße 15 part. Die Interessenten eines Ortes werden gebeten, Bestellungen gemeinsam zu machen und das Versendungsporto beizufügen.

Mit jungsozialistischem Gruß

Die Ortsgruppe Halle a. S.
J. A.: F. Albanus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210719-10/fragment/page=0007

Halle
Restaurants, Kaffees, Vergnügungen

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.
Weinstuben, Gr. Ulrichstraße 39.

3 Könige, A. Streicher, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7.
Konzert- und Künstlerhaus
Auftreten erster Kräfte. Anfang 7 Uhr.

Fledermaus-Weinstuben und Bar.
Gr. Ulrichstr. 44
Täglich Künstler-Konzert
Telefon 4313. Benno Krüger.

Promenaden-Kaffeehaus am Leipziger Turm. Täglich Konzert
Café Roland Täglich Künstler-Konzert.

Prinzess-Theater
Schmeerstr. 5 :-: Telefon 2063
Albert Buhlmann.

Modernes-Theater Neue Promenade 8, früh. Kaiser-Wilhelmshalle
Täglich 7 Uhr **Kabarett-Varieté** Täglich 7 Uhr
Vorträge erster Künstler v. Bühne, Kabarett u. Varieté
Sonntags 4 Uhr und Abends 7 Uhr Vorstellung.

Beth's Bunte Bühne
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Direktion Rich. Beth. Fernruf 1066.
Erstklassiges Kabarett am Platze
1. und 16. Programmwechsel.
B. B.B.

Restaurant „Dachrinne"
Mittelstrasse 18. Paulchen Jahr.

Bekleidung, Schuhe, Putz usw.

Gelegenheits-Kaufhaus
Schmeerstrasse 5, nur 1 Treppe
Beste u. billigste Bezugsquelle in Aussteuer-Wäsche, Hemden für Herren und Damen.
Jeden Dienstag: Sonderverkauf zu Engrospreisen.

System Konkurrenzlos, Inhaber: **Jakob Kiwit.**
Herren-, Knaben- und Arbeiterbekleidung.
Leipzigerstraße 11.

F. C. Wissel, Halle a. S., Markt 11.
En gros. Spezialgeschäft für En detail.
Tuche und Schneiderartikel.

A. Boenning, Steinweg 18.
Woll-, Weiss- und Kurzwaren. Trikotagen, Kleiderröcke. Busen, Kleiderstoffe.

P. Wolff, Telephon 4315, Steinweg 20a.
Manufaktur-, Weiss- und Wollwaren.

Gustav Reinsch, Herren-Konfektion,
Halle a. S., Markt 25.

S. Biletzky
Günstiges Angebot in Leinen und Baumwollwaren.
en gros. en detail.
Leipzigerstr. 103, 1. Etg.

G. Liebermann
Geiststrasse 42.
Herren-Artikel, Handschuhe, Unterzeuge, Lederwaren, Strumpf- und Wollwaren.

Gustav Grimm
Steinweg 38.
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.
Trikotagen, Strumpfwaren.
Handschuhe, Herrenartik.

Waschmittel-Zentrale
Seife, Kämme, Haarschm. usw. **Steinweg 19a.**
Bürsten und Seilerwaren
Albert Kunzemann
Leipzigerstr. 25.

C. Bartnei
Feine Herrenartikel.
Leipzigerstrasse 14.

Phil. Högl, Hutmacherei,
Kl. Ulrichstr. 21.

F. A. Otto, Wäsche- und **Leinenhandlung.**
Marktplatz 11.

Leipziger Hut-Preß-Anstalt
Paul Blaue, Schmeerstrasse 22.

Franz Schmidt,
Spezial-Damen-Putz, Geiststrasse 15 (Adler-Apotheke). Telefon 4568.

Strassburger Hutbazar, Leipzigerstrasse 15
Herren-Hüte, und Mützen in grosser Auswahl.

Schuhhaus Dietze
Untere Gr. Steinstrasse 13.

Schuhhaus Roland
Steinweg 19. Haus stabiler Schuhwaren.

Gebrüder Oehlschläger,
Schuhwarenhaus, Leipzigerstrasse 16.

Schuhhaus Günther
Grosse Ulrichstrasse 50 — Telephon 5571.

Lebens- u. Genussmittel, Zigarren, Tabak usw.

A. Wagenknecht
Obere Leipzigerstrasse 61-62.
Feinste Konfitüren u. Schokoladen.

Alb. Gentzsch G. m. b. H.
Schokolade, Zuckerwaren.
Filialen in allen Stadtteilen.

Heinr. Doller, Leipzigerstrasse 64.
Fernruf 1122.
Versandhaus für gute und billige Lebensmittel.

Libelle! Kleinkunst-Bühne
Alte Promenade 11, Tel. 6492
Dir.: Erich Diester.
Jeden 1. und 15. neue Kunstkräfte.

Leonhardt & Schlesinger
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Grosse Ulrichstrasse 13/15.

Theodor Domann, Alleiniger Vertreter des Int. Möbel-T.-V.
für Halle und Umgegend, Ludwig-Wuchererstr. 30.
Fernruf 6256. Möbeltransport — Verpackung — Lagerung.

Teichers Möbelgeschäft, Große Steinstraße 82, I.
Fernsprecher 3873. Einzelne Möbel und ganze Wohnungs-Einrichtungen — auch gebrauchte äusserst billig.

Gebr. A. & H. Loesch
Gr. Ulrichstrasse 36. Steinweg 30. Fernruf 1913.
Wollwaren — Trikotagen — Herrenartikel.

Alb. Fritsche,
Taubenstrasse 25. Telephon 6839 und 4458.
en gros **Lederhandlung** en detail
Massstepperei.
Ständig grosses Lager aller Ledersorten für Schuhmacher, Sattler, Pantinen- und Pantoffelmacher, technische Leder, Treibriemen, Möbelleder, Täschnerleder etc.

Moritz Kade Nachfolger
Gross-Destillation und Weinhandlung
Charlottenstrasse 11.
Gegründet 1841.

Max Ott Steinweg 26.
Drogen, Farben, Parfümerien.

Kaufe bei Alex Michel.

Abfahrt der Züge **Naumburg**—Weissenfels—Corbetha—**Leipzig** u. zurück.

Naumburg	ab		11 43			5 43			7 25	9 10	12 02	12 26	3 27	4 10					9 25				
Weissenfels	„		12 26		W	5 43			7 50	9 37	12 23	12 52	3 46	4 28	W				9 41				
Corbetha	„		12 12		4 2			6 13	8 05	9 54		1 07			4 48		6 06	7 21	9 12				
Leipzig	an		12 52		6 22		6 18	7 38	9 13	11 04	1 18	2 15		4 32	5 14	6 53	7 23	8 25	11 21				
			W												W								
Leipzig	ab		4 22		6 22		7 00	7 10	10 27		11 0	1 20	4 02		4 20	5 52	7 22	10 22	10 42				
Corbetha	„		5 12		7 14			8 23				2 45	4 50		5 39	7 12	8 41		11 12				
Weissenfels	„		an		7 30		7 44	8 37		11 17	1 59	3 00	an		an	7 28	an	11 22	an				
Naumburg	an				7 50		8 0	8 57		11 34	2 15	3 21				7 42		11 41					

Abfahrt der Züge **Halle**-Mücheln, Rössen, Querfurt, Weissenfels, Zeitz u. zurück.

6 03	W	7 31	7 58	9 07	10 45	1 00	3 46	5 32	7 28	11 42	an	Halle	ab	4 28	5 12		6 07	6 57	12 23	12 57	4 39	5 08		5 26	8 18	9 12
5 42		7 19	7 10	7 31	8 46	10 19	4 44	3 21	3 11	6 22	11 11	Merseburg		4 14	6 20		6 33	7 22	12 54		1 16	5 05	5 29	5 49	8 24	9 12
		6 30			9 27			2 30		6 42	10 32	Mücheln		5 41				8 24	2 30			5 49			9 42	
		5 22			9 14	W		1 36		5 44	9 44	„		6 33				9 43				6 21			10 32	
		4 45			8 30			12 45		5 00	8 22	Querfurt		7 28			7 30					7 22			11 22	
						4 25		2 40		W		Rössen					W					W		6 24		
5 12			6 38	6 58	8 00							Weißenfels			6 35						1 51			W	6 22		10 23
			6 14	7 40				2 30	12 15	6 12	8 41	11 12	„		4 32			7 02	9 25		2 03	5 00		6 12	9 24	
			5 22	6 48				1 30	11 32	6 24	7 33	10 32	ab Zeitz an		5 28			8 04	10 20		2 59	5 57		7 42	10 24	

W. bedeutet: Verkehrt nur Werktags. Die fettgedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

SONDERANGEBOT in BERUFSKLEIDUNG
Hosen aus Militär-Drell . . . . . 45—
Arbeitshemden gestreift 37 50
J. Weiß neue Marktstr.

Paul Richter Steinweg 53
Telefon 2079
Kolonialwaren : Spirituosen : Wein
Tabak und Zigarren.

Hermann Hartick, Leipziger Strasse 38
Kolonialwaren Spirituosen Weine.

F. Baumgärtel, Inh.: H. Zander
Kolonialwaren — Drogerie
Lessingstr. 26, Telefon 6340.

Otto Thürmer
Kolonialwaren Weine Delikatessen
Telefon 5143 — Friedrichsplatz 9.

Sprengel & Kink
Delikatessen und Weinstube
Leipzigerstrasse 2 — Telefon 6414.

Paul Schliack Nachf., Geiststr. 13.
Inhaber: Otto Stawenow.
Rind- u. Schweineschlächterei, Wurstfabrik.
Spezialität: Ausschnitt feiner Fleischwaren.
Hallesche Rot- und Leberwurst. Telephon 1021.

Hamburger Zigarren-Börse,
Brandstätter & Langemark.
Hauptgeschäft: Leipzigerstr., Neue Promenade 16.
Zweiggeschäft: Delitzscherstr. 3 (Preußenhof).
Fernspr. 1497-4001. Beste Bezugsquelle f. Wiederverk.

„Brasella", Zigarettenfabrik,
Berlinerstraße 6. — Telephon 3227.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Heinz Gronenberg,
Tabakfabrikate — Grosshandlung,
Gr. Ulrichstrasse 27. Fernsprecher 4624.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Max Schmidt, Leipzigerstraße 68.
Grosses Lager in Zigarren, Zigaretten und Tabaken.

Otto Mertens, Gr. Steinstrasse 32
neb. d. Viktoria-Apotheke
Gr. Ausw. in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken
Tel. 5150.

Fr. Hutzelmann Inhaber: Karl Dannenberg
Zigarren- und Tabak-Handlung
Berliner Strasse 3a.

Leipziger Tabakhaus
Telef. 4721. **LETACO** G. m. b. H.
Hauptgeschäft: **Hauerstr. 1** am Franckeplatz
2. Geschäft: **Kohlschütterstr. 1,** Eingang Reilstr.
3. Geschäft: **Triftstrasse 5.**
Gewaltiges Lager in Zigarren, Zigaretten.
Besonders große Spezialität: **Rauchtabak.**

Karl Schneider, Gr. Ulrichstr. 25
Ecke Alte Promenade
Zigarren-Spezial-Geschäft
Tel. 2339. Tel. 2339.

G. Hennicke, Zigarren-Börse. Billig : und gut. :
Berlinerstrasse 32, gegenüber der Turnhalle.

Emil Friedrich, Zigarren-Versandhaus
en gros en detail
Friesenstrasse 22. Telefon 2721.

Max Schurig, Zigarren. Zigaretten - und Tabake -
Friedrichsplatz 4, Ecke Albrechtstrasse.

Tabakbörse Kurt Hafermalz,
Zigarren, Zigaretten und Tabake. Preiswert und gut. Kohlschütterstrasse 9.

Paul Schmidt, Zigarren- u. Zigaretten-Importhaus :
Geiststrasse 22 Telefon 4819. Triftstrasse 5.

G. Schnabel, Inh. Paul Rost,
Fluss- u. Seefischhandlung. Telephon 2728.
Nur Bernburgerstr. 17.

Carl Brühl
Zigarren, Zigarett., Tabake
Sternstraße 5.

Tabakhaus
Albrecht.
Geiststraße 15.

Alfr. Nürnberger
Obst und Südfrüchte.
Leipzigerstraße 45.

F. W. Grupe
Marktplatz 15.
Zigarr., Postkart., Romane

Moritz Rosewitz,
Steinweg 7.
Herren-Artikel
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

Herbert Winkler Nachf. Inhaber: Otto Morike
Zigarren, Zigaretten und Tabak-Import
Dessauerstrasse 2, am Rossplatz.

C. Fehling Billigste Bezugsquelle für Tabak-Fabrikate.
Gr. Steinstrasse 34.

Allgemeines

N. Fuchs **Möbelhaus**
Gr. Ulrichstrasse 53
I., II., III. Etage.
Fernruf 1215.
Ganze Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung
:: **Kredit auch nach auswärts.** ::

Th. Pollack, Möbelhaus, Grosse Ulrichstr. 3.

Friedrich Schirioth
Möbelhaus :-: Kleine Ulrichstrasse 34.

H. Bergmann, Inh.: A. Ebeling, Möbelhaus,
Fleischerstr. 30/31. Telephon 2382. Gegr. 1875.

„Reformbad", Kl. Klausstr. 14,
Licht- u. Wasserbehandlung. med. Bäder, Massage.

Fahrrad Krause,
Fahrräder u. Ersatzteile. Eigene Reparaturwerkstatt.
Nur Kl. Ulrichstr. 18a, am Astoria. Telephon 3242.

Adler-Fahrräder
Bärenfänger & Co.,
Gr. Ulrichstraße 12.

Xaver Herz, Geiststrasse 65,
Ecke Neumarktstrasse,
Regenschirme, Spazierstöcke, Tabakpfeifen und Lederwaren.

Max Rädler, Rannischestr. 2.
Farben, Lacke für den Haushalt. Emaille-Lack für Küchenmöbel. **Fussbodenlackfarbe,** über Nacht trocknend **(Friedens-Qualität).**

Herm. Schmidt, Geiststrasse 23.
Leder-Ausschnitt und Schuh-Bed.-Artikel.

Buchmann & Co., G. m. b. H.,
Dessauerstraße 53. Fernruf 1471 u. 4637.
Kohlen — Holz — Baumaterialien.

Haring & Strache, Dessauerstraße 51.
Telephon 6644.
Nutz- u. Grubenhölzer. Tischler- u. Glaserholz.

H. Proeppe & Co G.m.b.H. Fernspr. 4540 u. 6080
Magdeburgerstr. 55 Lagerplatz: 1239
(M&W) Kohlen · Koks · Brennholz · (BSTA)

Wilhelm Schubert's Stempelfabrik
Schilder — Gravierungen — Abzeichen
Leipzigerstraße 58. — Fernspr. 4033.

Max Turner, Geiststr. 55, Obere Leipzigerstrasse 66. Gegr. 1867. Nur Qualität Solinger Stahlwaren. Schleiferei. — Reparaturen.

Emil Herz, Leipzigerstrasse 45.
Schirme, Stöcke, Pfeifen und Lederwaren.

Herm. Müller
I. und ältestes Spezial-Stahlwarenhaus, Gr. Steinstrasse 1—2, Leipzigerstr. 20, Schmeerstr. 7—8.

Färberei Galgenberg
Dampfwäscherei. Chemische Reinigung.
Fernruf 6595.
Aelteste und grösste Wäscherei am Platze.
Eigene Läden
Ludwig-Wuchererstrasse 7, Gr. Steinstr. 55. | Landwehrstr., Ecke Niemeyerstr., Geiststrasse 36. | Markt 13, Steinweg 25, Königstr. 25.

Müller's Wasen- und Plättanstalt
Fleischerstr. 1, Fernruf 2545. Ecke Geiststr.
Spezialität: Feine Herrenstärkewäsche.

Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Frieden", Hermann Gericke.
Fleischerstrasse 10/11. Telephon Nr. 2557.

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze.
Krukenbergstrasse 7. Gegenüber den Kliniken.
Telephon 5920 :-: Eigenes Geschirr.

Curt Forberg
Gas- und Wasseranlagen.
Barfüsserstrasse 17 - - Telephon 5390.

K. Rast, elektr. Anlagen, Ankerreparaturen.
Beleuchtungskörper.
Geiststrasse 28.

H. Voss, Leipziger Strasse 1.
Verlobungsringe
Eigene Fabriktion

R. A. Otto Herrmann, Magdeburgerstrasse 9.
Grosshandlung in Manufakturwaren.

Albert Mennicke, Gr. Steinstrasse 62
Uhren- u. Goldwarenhaus
Vorteilhaft. Bezugsquelle all. Uhren- u. Goldwaren.
Eigene Uhren- und Goldschmiedewerkstätten.

G. Vester G. m. b. H.
Bahnspedition u. Möbeltransport. Telefon 7901.

Carl Saatz
Drogen, Parfümerien, Bürstenwaren.
Rannischestrasse 6.

J. Braunsdorf
Herrenartikel.
Reilstrasse 133.
Ecke Ludw.-Wuchererstr.

Walter Kühn
Steinweg 8. Zuckerwaren.

Aug. Laue
Leipzigerstrasse 47.
Wäscheleinen.

E. Richter Nachf.
Seifen und Parfümerien.
Leipzigerstrasse 66.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210719-10/fragment/page=0008